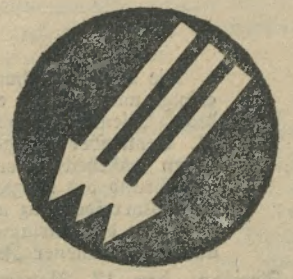


Österreichische Arbeiterzeitung



Wochenzeitung für die Gerichtsbezirke Amstetten, Gmünd, Haag, Scheibbs, St. Peter, Waidhofen und Ybbs

Redaktion und Verwaltung: Amstetten, Adtaggerstraße 28. Alleinige Anzeigenannahme durch die Verwaltung des Blattes in Amstetten. Bezugspreise: Im Abonnement bei Zustellung durch den Kolporteur 25 Groschen, bei Postzustellung S 130 im Monat. Einzelnummer 30 Groschen

Jahrgang 6

Freitag, den 24. November 1933

Nummer 47

Krieg oder Frieden?

Die schwedische Akademie hat beschlossen, heuer den Nobel-Friedenspreis nicht zu verteilen. Diese Nachricht ist kennzeichnend für die gefährliche Lage der Weltpolitik. Im Fernen Osten droht ein Krieg zwischen Japan und Rußland. Aber auch in Europa ist der Frieden nicht gesichert. Der französische Außenminister Paul-Boncour sagte am 14. November im Pariser Parlament:

„Die Aufrüstung Deutschlands

geht in beschleunigtem Tempo weiter. Es ist daher nur natürlich, daß seine Nachbarn stark beunruhigt sind.“ Paul-Boncour erklärte, Frankreich sei bereit, mit Deutschland zu verhandeln. Jeder deutsch-französische Vertrag müsse sich aber in den Rahmen des Völkerbundes einpassen. Im selben Sinne sprach der französische Ministerpräsident Sarraut: „Zeitig unserer Politik bleibt: Genf, der Völkerbund und die Abrüstungstagung. Auf diesem Boden wird sich Frankreich bemühen, seine Verbündeten und seine Freunde zu sammeln. Frankreich will keinen Vorbeugungskrieg gegen Deutschland. Frankreich wünscht, daß Deutschland den ihm gebührenden Platz im friedfertigen Verband der Völker und den ihm gebührenden Platz an der Sonne einnehme. Wir sind zu Verhandlungen mit Deutschland in aller Öffentlichkeit bereit. Frankreich verlangt aber eine Überwachung des Rüstungsstandes Deutschlands, sonst kann es nicht mit Deutschland verhandeln.“ — Die französischen Sozialisten haben diese Ansicht der französischen Regierung gutgeheißen.

Das wahre Gesicht des Dritten Reiches.

Die französischen Staatsmänner scheinen also bereit zu sein, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen. Vor wenigen Tagen hat die Pariser Zeitung „Petit Parisien“ mehrere deutsche Schriftstücke veröffentlicht, aus denen man die wahren Absichten der Lenker des Dritten Reiches erkennen kann. In einem dieser Schriftstücke, auf dessen Echtheit man in Paris schwört, obwohl sie von der Berliner Naziregierung bestritten wird, sind die zehn Kriegsgelüste Hitlers zusammengestellt. Sie enthalten die Ziele der Außenpolitik Hitlers. Der wesentliche Inhalt dieser Schrift besagt:

Deutschland will das Diktat des Friedensvertrages von Versailles nicht länger ertragen. Wenn es eine Abänderung nicht mit friedlichen Mitteln erreichen kann, muß es sie mit den Mitteln der Gewalt — also durch einen Krieg — zu erreichen versuchen. Deutschland verlangt die Rückgabe des Saargebietes und mehret seinen Anspruch auf Elsaß-Lothringen an. Deutschland setzt sich das Ziel, alle im Krieg verlorenen Gebiete zurückzugewinnen und überdies alle anderen deutschsprachigen Gebiete in Europa. Deutschland verlangt die vollständige Gleichheit bei den militärischen Rüstungen ohne jede internationale Überwachung.

Es ist begreiflich, daß diese politischen Ziele Hitler-Deutschlands in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt haben. Wer soll da noch den Friedensbeteuerungen Hitlers und Goebbels, Görings und Rosenbergs glauben? Deutschland ist aus dem Völkerbund ausgestiegen und bestätigt durch diese Demonstration seine Abkehr von dem System, das der Versailler Friedensvertrag geschaffen hat. Deutschland lehnt den Völkerbund ab. Diese Politik findet in den letzten Wochen

die Unterstützung Mussolinis.

Der italienische Ministerpräsident hat sich vorige Woche in einer Rede im römischen Nationalrat der Korporationen sehr abfällig über den Völkerbund geäußert. Mussolini bestritt, daß er überhaupt noch eine politische Bedeutung habe. In England scheint man noch unklüßig zu sein, ob man den Völkerbund aufgeben oder halten soll. Am liebsten wäre es der Regierung MacDonald, wenn man Deutschland wieder nach Genf an den Verhandlungstisch bringen

könnte. Die englische Arbeiterpartei warnt vor Unklarheiten. Sie betont:

Rüstungen führen zum Krieg!

Wer den Krieg vermeiden will, muß eheulich abrüsten. Die englischen Arbeiter erkennen die wahre Absicht Hitlers. Er will nicht, daß die Siegerstaaten ebenso abrüsten, wie Deutschland abgerüstet worden ist; nein, Hitler will, daß Deutschland ebenso maßlos aufrüsten darf, wie die Siegerstaaten. Die englischen Sozialisten verlangen von ihrer Regierung, daß sie gegenüber Hitler-Deutschland eine klare Sprache spreche.

Die internationale Lage ist seit der Machtergreifung Hitlers mit gefährlichem Zündstoff geladen. Der Völkerbund ist schwächer denn je geworden. Die Abrüstungstagung muß als gescheitert gelten. Deutschland rüstet trotz aller Ab-

leugnungen der Nazi fieberhaft. Das kann kein gutes Ende nehmen. Die Lage ähnelt allzusehr der Lage in den Jahren 1912 bis 1914, den letzten Jahren vor dem Weltkrieg. Die Welt braucht Ruhe und Frieden, um die Wunden des Weltkrieges und der kapitalistischen Weltkrise zu heilen. Der Faschismus aber läßt sie nicht zur Ruhe kommen, sondern heßt sie in neue Kriegsgefahren hinein.

Wir Österreicher können nur wünschen, daß wir in keines der europäischen Staatenbündnisse hineingezerrt werden. Strengste Neutralität und die Bewahrung der staatlichen Unabhängigkeit ist für Österreich ein Gebot der Selbsterhaltung und für das österreichische Volk die Gewähr, daß es nicht in einen Krieg verwickelt wird. Wenn Österreich eine wahre Friedenspolitik treibt, bewahrt es nicht nur sich vor den Schrecken des Krieges, es leistet auch ganz Europa einen unschätzbaren Dienst.

Erwiderung auf Kanzlerreden.

Bundeskanzler Dollfuß hat vorige Woche in Lulln und Graz Reden gehalten, in welchen er über die Sozialdemokraten sprach. Beidemale hat er die Sozialdemokratische Partei der Arbeiter und Angestellten, zu der sich bei den letzten Wahlen 42 Prozent der österreichischen Bevölkerung bekannt haben und die weitaus stärkste Partei in Österreich ist, heftig angegriffen. Was wirft Dollfuß der Sozialdemokratie vor? Vor allem, sie habe „unser brave Arbeiterjüngerschaft vaterlandslos erzogen“. Und dann noch, sie habe „der Arbeiterjüngerschaft den Götterglauben rauben wollen“. Viele beiden Anklagen gegen die Sozialdemokraten sind nicht neu. Sie werden erhoben seit es eine Sozialdemokratie gibt. Schon im Jahre 1848 beschuldigte man jene Handwerkerführer, die erkannten, daß sich die Arbeiterjüngerschaft nur selbst aus ihrem Glend befreien kann, sie seien „vaterlandslos“ und „gottlos“. „Vaterlandslose Gesellen“ nannte auch Kaiser Wilhelm II. die Sozialdemokraten. Und die „vaterlandslosen Gesellen“ bildeten im Weltkrieg die deutschen Millionenheere und verteidigten das Vaterland mit Gut und Blut, sie opferten zu Millionen Leben und Gesundheit für das Vaterland. Und der Dank des deutschen Vaterlandes: Entrechtung der Arbeiter im Dritten Reich, Konzentrationslager, Hungerlöhne.

Bundeskanzler Dollfuß meint, die österreichischen Sozialdemokraten seien vaterlandslos, weil sie „das Ausland zur Hilfe rufen“, weil sie „das Ausland gegen Österreich heben“. Darauf muß man erwidern. Die österreichischen Arbeiter haben es wirklich nicht notwendig, ihre Gesinnungsfreunde im Ausland zu Hilfe zu rufen. Alle Sozialisten umschlingt über die Ländergrenzen hinweg das Band der Internationalen. Die Parteien, die der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angehören, fühlen sich zusammengedrängt. Die österreichischen Arbeiter brauchen ihre Bruderparteien nicht „aufzuheben“, die ausländischen Sozialdemokraten stellen sich ganz freiwillig uns zur Seite. Die Internationale betrachtet

die Verteidigung der Demokratie

gegen alle faschistischen Gefahren als die nächste und wichtigste Aufgabe des demokratischen Sozialismus. Dieses Zusammenhalten, das in der Gesinnungsgemeinschaft begründet ist, darf uns niemand verübeln, denn auch auf der Gegenseite sehen wir immer wieder das Zusammenhalten über die Ländergrenzen hinweg. Ein Beispiel: Überall betrachten es die gläubigen Katholiken als eine ihnen selbst widerfahrene Unbill, wenn irgendwo in der Welt der Katholizismus bedrängt wird. Auch die faschistischen Bewegungen in den einzelnen Ländern leisten sich gegenseitig wertvolle Hilfe. Den österreichischen Sozialdemokraten sollte man es deshalb nicht verübeln, wenn ihre Freunde unaufgefordert im Ausland dasselbe tun.

Gegen die sozialdemokratischen Führer.

Dollfuß sprach auch über die führenden Vertrauensmänner der Sozialdemokratie. Er nennt sie „Führerbonzen“ und „frei-

maurerische Führer“. Er behauptet, sie „verhetzen die Bevölkerung und ziehen daraus politischen Nutzen, um Machtstellungen zu erobern“. Die jetzige Pressefreiheit macht es unmöglich, auf diese Behauptungen entsprechend zu antworten. Der Vorwurf, daß die sozialdemokratischen Vertrauensmänner „Heher“ seien, ist ebenso wenig neu wie der, daß sie vaterlandslos seien. Er ist auch ebenso begründet. Und dann meinte der Bundeskanzler noch, die Arbeiterführer hätten „den Mut verloren“. Woraus schließt der Bundeskanzler das? Sollen wir erst aufzählen, wie viele führende sozialdemokratische Führer nach Mitterteilungen der Sicherheitsbehörden in den letzten Wochen verhaftet worden sind? Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Deutsch wurde von einem Polizisten geschlagen, als er vor zwei Wochen an der Spitze einer Wiener Arbeiterbezirksgruppe marschierte. Der sozialdemokratische Wiener Landtagspräsident Thaller wurde von einem Wachmann geprügelt, als die Sozialdemokraten seines Bezirkes am 12. November auf der Straße waren. Friedrich Adler, der Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ist in Wien verhaftet worden. Wo ist da der verlorene Mut der sozialdemokratischen Führer zu bemerken? Vertrieben sich die sozialdemokratischen Führer wirklich, wie der Bundeskanzler meint?

Gegen jeden Sozialismus.

Am letzten Sonntag sprach der Bundeskanzler vor den Grazer Christlichsozialen. Wieder betonte er, daß seine Regierung „den Kampf gegen den Sozialismus mutig führt und daß sie ihn folgerichtig bis zum Ende führen werde“. Und zwar gegen jeden Sozialismus! Dollfuß, Stellvertreter in der Führung der Vaterländischen Front, der Heimwehrführer Starhemberg, hat sich klarer ausgedrückt: Er forderte wieder einmal die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei. Dazu ist zu sagen: Die österreichischen Arbeiter sehen wie es ihren Arbeitsbrüdern in faschistischen Ländern ergeht. Sie sind dort wehrlos der Unternehmervillkür ausgesetzt. Die „Volksgemeinschaft“, die in faschistischen Ländern angestrebt wird, hat dort die Arbeiter rechtlos gemacht. Die österreichischen Arbeiter sind durch diese Beispiele belehrt und darum Gegner des Faschismus. Kann man sie vaterlandslos und religionsfeindlich heißen und wenn man ihre Führer feige Heher schilt?

Die Schweizer Arbeiter an die österreichischen.

Der Kongreß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat am Montag folgendes Telegramm an die österreichischen Gewerkschaften geschickt: „Der Kongreß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wünscht der österreichischen Arbeiterjüngerschaft in ihrem heldenmütigen Kampf für die Demokratie und die sozialer Errungenschaften den besten Erfolg und verzichtet sie seiner brüderlichen Solidarität.“

Ein Triumph der kirchlichen Reaktion.

Am Sonntag ist in der jüngsten Republik Europas, in Spanien, das Parlament neu gewählt worden. Der Wahltag brachte den reaktionären Parteien einen unbestreitbar großen Erfolg. Das neue Parlament hat eine reaktionäre Mehrheit. Daß es so gekommen ist, ist nicht überraschend. Jahrhundertlang haben Königtum, Hochadel und Kirche das spanische Volk in Unwissenheit, Unbildung und Armut gehalten. Noch im Jahre 1920 konnten mehr als die Hälfte aller Frauen in Spanien weder lesen noch schreiben. Auch unter den Männern ist die Unbildung groß. Als vor zweieinhalb Jahren die spanische Republik gegründet wurde, jubelten die Spanier auf. Was jahrhundertlang verabsäumt worden war, das hofften sie, werde ihnen im Nu die Republik bringen. In der Tat, sie brachte dem Volk viel, aber doch nicht so viel, daß nicht weite Kreise von dieser bürgerlichen Republik schwer enttäuscht worden wären. Sie brachte zum Beispiel den Frauen das Wahlrecht, das sie an diesem Sonntag zum erstenmal ausüben konnten. In Spanien hat die katholische Geistlichkeit ungeheuren Einfluß, besonders auf die Frauen. Die Geistlichkeit trat für die Wahl der Rückschrittparteien ein. Die Frauen haben der Reaktion in Spanien am Sonntag zum Siege verholfen. Alle Fortschritte, die das Volk in der jungen spanischen Republik gemacht hat, sind aufs schwerste bedroht. Die Republik selbst ist bedroht, denn unter den gewählten Reaktionsären sind sehr viele offene und noch mehr geheime Monarchisten.

Die spanischen Arbeiter haben sich nichtsdestoweniger vorzüglich geschlagen. Wer diesmal in Spanien sozialistisch wählte, der ist wirklich überzeugter Sozialist. Daß die Sozialisten in diesem industriearmen Land 60 Mandate erobert haben, beweist, daß auch hier der Sozialismus bereits verlässliche, starke Wurzeln geschlagen hat. Die Reaktion in Spanien fühlt sich jetzt als Sieger. Doch die Ernüchterung der Massen kann und wird nicht ausbleiben. Sie werden sehen, wie übel sie beraten waren, als sie die Mächte der Vergangenheit zu Herren ihres Landes wählten.

Nach der Post die Spitäler.

Nach dem Betriebsrätegesetz sind in allen Spitälern, Heil- und Erholungsanstalten Betriebsräte zu wählen. Die Regierung hat eine Kriegswirtschaftliche Verordnung erlassen, durch welche diese Bestimmung aufgehoben wird. In den Fondsrücklagenanstalten — dazu gehören die meisten Wiener Spitäler und die meisten Spitäler in den Landeshauptstädten — werden keine Betriebsräte mehr gewählt werden. Sie werden durch eine ernannte Personalvertretung ersetzt. Die Gewerkschaften werden die neuen Personalvertreter ernennen. Aber welche Gewerkschaften? Nur jene, die der christlichsozialen Sozialminister zur Wahl zuläßt. Bisher haben zum Beispiel die Wiener Spitalangestellten in unmittelbarer freier Wahl nur freigewerkschaftliche Vertreter zu Betriebsräten gewählt. Die christlichsoziale und die Heimwehrgewerkschaft fand unter den Spitalbediensteten so wenig Anhänger, daß sie es in Wien nicht einmal zu einem einzigen Betriebsratsmandat brachten. Das wird nun anders. Die christlichsoziale und die Heimwehrgewerkschaft haben zwar wenig Mitglieder, sie werden aber trotzdem vom Minister ermächtigt werden, Personalvertreter zu ernennen. Gnädig wird man der Freien Gewerkschaft, der weitaus die meisten Spitalangestellten angehören, dasselbe Recht gewähren. Das Ergebnis wird sein, daß die so durch Ernennung zustande gekommene Personalvertretung eine Mehrheit von Christlichsozialen und Heimatblödlern haben wird. Die Bundesversammlung sieht vor, daß in Fragen des Betriebsrätewesens nicht einmal der Bundespräsident Verfügungen durch Notverordnungen treffen kann. Auf Kriegswirtschaftlichem Wege aber wird aus einer roten Mehrheit im Nu eine Minderheit und aus einer verschwindenden antimarkistischen Minderheit ebenso rasch eine beherrschende Mehrheit gemacht.

Sizung des Bundesrates.

Die Veröffentlichung dieses Berichtes erfolgt nach den in einer Entscheidung des Wiener Landesgerichtes vom 21. September ausgesprochenen Richtlinien wahrheitsgetreu und vollständig auf Grund des offiziellen Berichtes der Staatskorrespondenz und in der gleichen Form, in der Parlamentsberichte in der amtlichen „Wiener Zeitung“ erscheinen.

Freitag, den 17. November, fand eine Sitzung des Bundesrates statt. Vorsitzender stellvertreter Emmerling eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 35 Minuten. Zunächst werden folgende Anfragen verlesen:

Anfrage der Bundesräte Körner, Schärp, Brandeis und Genossen an den Bundeskanzler als Bundesminister für Landesverteidigung und als Bundesminister für Landesverteidigung wegen einer schweren Demütigung der österreichischen Kriegsteilnehmer.

Zur Erinnerung an die Durchbruchschlacht Flitsch-Kolmejn, die am 24. Oktober 1917 stattgefunden hat, wurde heute auf amtliche Veranlassung von der Rabag eine vaterländische Gedankensendung in das Rundfunkprogramm eingeschaltet, in der nach einer Einleitung des Hofrates Edmund Glaise-Horstenau Kriegsteilnehmer aller militärischen Rangstufen, Offiziere und Mannschaftspersonen, zu Worte kamen, um der Leistung der alten österreichischen Armee ehrend zu gedenken.

Die von der Rabag, Österreichische Radioverkehrs-Gesellschaft, herausgegebene Zeitschrift „Radio Wien“ brachte in ihrer Nummer 4 vom 20. Oktober eine kurze Orientierung über die Bedeutung dieser großen Schlacht. Der Artikel schloß mit den wehmütigen Worten:

„Für das altösterreichische Heer aber bedeutet Flitsch-Kolmejn den letzten stolzen Erfolg am Ausgang einer vielhundertjährigen ruhmvollen Vergangenheit; bald nachher begann der Vorhang niederzusenken, niederzusenken für immer...“

wobei der Verfasser offenkundig des Waffenstillstandsvertrages vom 4. November 1918 gedachte, der als Tag eines angeblichen Sieges von Vittorio Veneto in Italien zum Staatsfeiertag erhoben ist.

Plötzlich erfährt man von der Konfiskation der Radioweisung. Was ist geschehen? Es erfolgte wegen der erwähnten Würdigung eines der eindrucksvollsten Siege des Weltkrieges eine Intervention beim Bundeskanzleramt; tatsächlich hat Österreich Abbitte und Sühne für die Schlacht von Flitsch und ihre historische Würdigung geleistet. Die Nummer 4 der Zeitschrift „Radio Wien“ wurde eingezogen, die eingezogenen Exemplare wurden an die italienische Gesandtschaft abgeliefert. Der bereits einmal im Radio gehaltene, von Lola Forme verfasste Vortrag: „Ein Volk und seine Stadt Rom“ wurde im Rundfunk wiederholt; der italienische Pressetage-Commentator Dr. Eugenio Morreale kam bei diesem Anlaß zum Wort — am 4. November; der Tag, an dem diese Sühne geleistet wurde, ist der Tag der in Italien als Nationalfeiertag der Erinnerung an den sogenannten Sieg über Österreich bei Vittorio Veneto geweiht ist.

Die Einschließung dieses Vortrages an diesem Tag in das Programm des österreichischen Senders kann wohl nicht anders denn als eine schwere Demütigung der österreichischen Kriegsteilnehmer betrachtet werden, die diesen Tag des Endes der alten Armee als den traurigsten Tag ihrer militärischen Laufbahn und ihrer Kriegsbienstleistung betrachten.

Als weitere Sühne für den Radiovortrag vom 24. Oktober ist der Beherrschung der Auftrag gegeben worden, die Erinnerung an Siege über Italien nicht mehr zu pflegen, die Teilnahme an Feiern abzulehnen, die der Erinnerung an Siege und Kämpfe mit Italien getreu sind.

Am Staatsfeiertag der Republik, am 12. November, gab es im Radio eine Rückschau über die österreichische Geschichte; bemerkenswert an dieser Rückschau war, daß alle Waffentaten der österreichischen Armee und der österreichischen Flotte in Kriegen gegen Italien verschwiegen waren, daß der Sieg eines Kadetth, eines Tegetthoff und eines Erzherzog Albrecht keine Silbe gewidmet war; wirklich, Italien hat ausgiebig Sühne dafür erhalten, daß die österreichische und deutsche Armee im Weltkrieg einen großen Sieg errang, und daß man sich auch sechzehn Jahre nachher dieses Sieges in Österreich erinnert hat.

Diese mit Hilfe Österreichs gemachte Korrektur der Geschichte zugunsten Italiens in dem Sinne, daß es im letzten Jahrhundert und im Weltkrieg nur Siege über Österreich errungen habe, und daß alle seine Niederlagen in Kriegen gegen Österreich verschwiegen werden, ist schmachvoll, um so mehr unter einer Regierung, die die Pflege des Österreichertums, die Pflege des Vaterlandsgedankens besonders in den Vordergrund ihre Handlung stellen will.

Die Gefertigten richten daher an den Bundeskanzler die Fragen:

1. Ist es richtig, daß Italiens wegen Nummer 4 von „Radio Wien“ aus dem Verkehr gezogen wurde, und daß die erreichbaren Exemplare an die italienische Gesandtschaft abgeliefert worden sind?
 2. Warum wurde am italienischen Nationalfeiertag im österreichischen Sender ein Vortrag zur Verherrlichung Italiens gehalten?
 3. Womit kann das würdelose Entgegenkommen an Italiens Wünsche nach Geschichtsfälschung gerechtfertigt werden?
- Verlesen wird ferner folgende Anfrage der Bundesräte Linder, Grünz, Bergauer und Genossen an die Bundesregierung wegen des Verbotes der öffentlichen

Feier des 12. November und wegen der Einführung des Standrechtes:

Die Bundesregierung hat im heutigen Jahr die öffentliche Feier des 12. November, des Staatsfeiertages der Republik, verboten und unmöglich gemacht; offenbar zum Ersatz dafür wurde unmittelbar vorher das Standrecht über das ganze Bundesgebiet verhängt.

Die Bundesregierung behauptet immer wieder, eine Mehrheit, eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung stehe hinter ihr. Die Presse der Bundesregierung hat sich über die deutschen Wahlen lustig gemacht, erklärt, das, was in Deutschland geschehen sei, brauche nicht für eine Wahl gehalten zu werden. Die von der Bundesregierung herausgegebene Korrespondenz wirft den Machthabern im Deutschen Reich das vor, was die österreichische Bundesregierung gegen die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung ins Werk gesetzt hat. Flaggen von Oppositionsparteien dürfen nicht gehißt oder getragen werden, ein freies Wort darf in den Spalten der Zeitung einer Oppositionspartei nicht mehr erscheinen, Versammlungen der Oppositionsparteien werden unterdrückt; dagegen werden zu den politischen Kundgebungen des Bundeskanzlers Bundesangestellte und Bedienstete von Unternehmungen des Bundes in Massen gepreßt; ohne die zum Zuhören gepreßten Angehörigen oppositioneller Parteien wären seine Versammlungen leer.

Die Bundesregierung behauptet immer wieder, sie fühle sich Herrin der Lage, hinter ihr stehe die Mehrheit des Volkes. Die Bundesregierung befindet sich in einem Zweifrontenkrieg gegen die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. Sie unterscheidet allerdings zwischen den beiden Fronten sehr genau. Die eine ist die Front des Nationalsozialismus. Nationalsozialisten haben in Österreich schwere Verbrechen verübt, Morde angezettelt und begangen, Brandlegungen angezettelt und verübt. Die Nationalsozialisten haben Österreich tatsächlich in den Kriegszustand mit dem Deutschen Reich gebracht. Die zweite Front des Kampfes der Regierung richtet sich gegen die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie bekämpft die Regierung, weil die Politik dieser Regierung ganz einseitig auf Ausbeutung der Konsumenten zugunsten der Landwirtschaft und der Händlerkastei, ganz einseitig auf die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten zugunsten der Unternehmerschaft gerichtet ist. Die Sozialdemokraten haben in diesem Kampf mehr Bundesbürger hinter ihren Fahnen versammelt als alle Regierungsparteien zusammen.

Was denkt die Bundesregierung über ihren Zweifrontenkrieg? Ein Mitglied der Bundesregierung, Vizelanzler Jey, hat öffentlich erklärt — und seine Erklärung wurde durch die „Wiener Zeitung“ sozusagen amtlich verbreitet —, daß die Regierung den Kampf gegen die Sozialdemokraten mit wahren Vergnügen führe, weil sie ihn aus ihrem Innersten heraus führe. Der Kampf aber gegen die Leute, die Morde und Brandstiftungen auf dem Gewissen haben, die eine österreichische Legion in Deutschland aufgestellt haben, der Kampf gegen die nationalsozialistischen Verbrecher, über ihn sagt der Vizelanzler: „Der Kampf gegen die Nationalsozialisten ist uns unheimlich.“ Vizelanzler Jey verlangt von den Nationalsozialisten lediglich, daß sie sich in die vaterländische Front einreihen; Verbrecher, Mörder, Brandstifter, Bombenwerfer wären dem Maria-Theresien-Nitter und Vizelanzler Jey offenbar sehr sympathische Bundesgenossen, wenn sie an seine Seite treten.

Aus dieser Einstellung der Regierung und ihrer Mitglieder erklärt es sich, daß die Regierung den Kampf gegen Verbrecher nur lau führt, während sie Maßnahmen, die gegen diese Verbrecher getroffen werden müssen, zum Vorwand nimmt, um die staatsstreue republikanische Bevölkerung, vor allem die Anhänger der Sozialdemokratie, außer Gesetz zu stellen.

Alle diese kleinen Maßnahmen werden ihren Zweck versehen, wie sie in der Vergangenheit ihren Zweck versehen haben — die Regierung wird in Zukunft ebensowenig, wie sie es in der Zeit vom 10. bis 12. November vermocht hat, den Republikanern Österreichs die Betätigung ihrer republikanischen Gesinnung unmöglich machen können.

Die Verhängung des Standrechtes über ganz Österreich hat, wie das Blatt der Christlichsozialen Partei, die „Reichspost“, ganz richtig bemerkt, nur äußerlich mit der juristischen Form zu tun. Nach dem Wortlaut der einschlägigen Gesetze wäre sie in dem getroffenen Maße nur möglich gewesen, wenn in ganz Österreich Mord, Brandlegung oder das Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit in besonders gefährlicher Weise um sich gegriffen hätte. Glaubt man den Versicherungen der Bundesregierung, daß Ruhe und Ordnung im Lande herrscht, so wäre das Standrecht überflüssig und seine Verhängung nichts anderes als eine grobe Umgehung der Verfassung — auf die von allen Angehörigen der Bundesregierung Geldbühne und Eid geleistet worden ist —, um die von der Verfassung abgeschaffte Todesstrafe wieder einzuführen. Ein derartiges Vorgehen ist aber mit den beschworenen Pflichten der Bundesregierung unvereinbar.

Die Gefertigten richten daher an die Bundesregierung die Fragen:

1. Womit vermag die Bundesregierung das Verbot der öffentlichen Feier des 12. November zu begründen?
2. Wie vermag es die Bundesregierung mit ihrem Eid in Einklang zu bringen, daß sie unter Verhängung der gesetzlichen Voraussetzungen

entgegen dem Wortlaut der Verfassung die Todesstrafe einführt?

Ferner wird folgende Anfrage der Bundesräte Klein, Schärp, Schabes und Genossen an die Bundesregierung wegen des Mißbrauches des Radios zu strafbaren Handlungen verlesen:

Die Rabag und ihre Betriebe sind eine öffentliche Einrichtung; das Geld zu ihrer Erziehung stammt aus öffentlichen Mitteln, sie selbst wird aus Beiträgen der österreichischen Bevölkerung erhalten. Es geht nicht an, daß eine solche Einrichtung dazu mißbraucht wird, strafbare Handlungen zu begehen und zu verbreiten.

Vizelanzler Jey hat wiederholt im Radio Bundesbürger, die anderer politischer Gesinnung sind, als er, mit unfälligen Ausdrücken beschimpft; obwohl es ein Antiterrorgesetz gibt, werden von der Rabag Neben des Vizelanzlers verbreitet, in denen dieser politisch Andersgesinnten die Verfolgung wegen ihrer Gesinnung androht; Arbeiter, die derartige Äußerungen in den Mund nehmen, werden gerichtlich verfolgt. Einschüchterungsreden des Vizelanzlers wird durch das Radio die größte Verbreitung gegeben. Immer häufiger kommt es vor, daß die Rabag ihre Einrichtungen zur Verfügung stellt, wenn es gilt, politische Gegner der Regierungsparteien zu beschimpfen.

Da hat Herr Starhemberg am Samstag, den 11. November, in Graz eine Versammlung abgehalten; seine Rede wurde durch die Rabag verbreitet. Schon das Deutsch, in dem diese Rede gehalten wurde, würde unter gewöhnlichen Umständen ausreichen, die Ablehnung einer Verbreitung zu begründen; es kann nicht Aufgabe des Radios sein, dem Hörpublikum geradezu Musterbeispiele für schlechtes Deutsch vorzusetzen. Daß aber Wortzerresse strafbaren Inhaltes durch die Rabag verbreitet werden, übersteigt die Grenzen des Zulässigen weit.

In Österreich sind zahlreiche Personen mit schweren Arreststrafen belegt worden, weil sie in kurzer, in kräftiger Weise ihre Abneigung gegen Hitler zum Ausdruck gebracht haben, sozialdemokratische Zeitungen sind beschlagnahmt worden, weil sie Stellen und Personen in Deutschland mit den in Österreich begangenen Verbrechen von Nationalsozialisten in Zusammenhang gebracht haben. Im Gegensatz dazu darf Herr Starhemberg im Radio und in seiner Parteipresse die Behauptung aufstellen:

„Wir wollen laut und deutlich die Verantwortung für diese Blutopfer feststellen. Deutschland und der Nationalsozialismus sind ausschließlich auf dem Führerprinzip aufgebaut. Reichskanzler Hitler hat alle Macht über die Partei und das Reich. Dieser autoritäre Mann trägt auch die volle Verantwortung für die Blutopfer, die in Österreich von nationalsozialistischer Hand fallen.“

Starhemberg darf aber auch inländische Politiker, wie den gemeinen Vizelanzler Winkler, beleidigen; das Radio gibt solchen Beleidigungen Verbreitung.

Interessant ist es auch, daß das Wort „Konzentrationslager“, dessen Anwendung auf die Einrichtung der Rotarrelle der oppositionellen Presse untersagt ist, von Herrn Starhemberg im Radio ebenso ungeniernt benutzt werden darf, wie etwa von der „Christlichsozialen Arbeiter-Zeitung“ oder den christlichsozialen Provinzialblättern.

Die überwältigende Mehrheit der Regierungsparteien lehnt die Politik der Regierungsparteien ab, die es nicht wagen, für ihr Tun den Wählern Rechenschaft zu geben. Daß dieselbe Regierung, die sich schreit, vor die Wähler hinzutreten, die den Verfassungsgerichtshof außer Wirksamkeit gesetzt hat, um eines unangenehmen Hüters der Verfassung ledig zu sein, das Radio mißbraucht, um die Mehrheit der Bevölkerung Österreichs zu bedöhnen und zu verschönern, ist unerhört. Die Abhänger der Rabag haben ein Recht darauf, für ihr gutes Geld mit einem anständigen Programm bedient zu werden. Das Radio soll eine Einrichtung zur Hebung der Volksbildung, nicht ein Institut zur Verbreitung von Unflätigkeiten sein.

Die Gefertigten richten daher an die Bundesregierung die Fragen:

1. Ist die Bundesregierung bereit, endlich dem Unfug ein Ende zu machen, daß ungenozene Menschen durch das Radio einzelnen Personen oder gar ganzen Gruppen von Staatsbürgern die Ehre abschneiden?
 2. Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß die ganze Bevölkerung Österreichs vor Anpöbelungen im Radio bewahrt bleibe?
- Schließlich wird folgende Anfrage der Bundesräte Hubmann, Schlager, Zuller, Schabes und Genossen an die Bundesregierung über die Presung von Bundesbahnbediensteten zur Teilnahme an politischen Versammlungen des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß verlesen.

Für Samstag, den 4. November 1933, war in Klagenfurt eine Kundgebung der sogenannten vaterländischen Front in Aussicht genommen, zu der der Führer der vaterländischen Front Doktor Dollfuß als Redner in Aussicht genommen war. Da erfahrungsgemäß zu politischen Kundgebungen des Bundeskanzlers und für den Bundeskanzler freiwillige Zuhörer nur in geringer Anzahl kommen, führte sich die Bundesbahndirektion Villach veranlaßt, nach dem bewährten Muster der Potsdamer Dörfer Teilnehmer zu einem Fackelzug für den Bundeskanzler zu pressen. Sie hat einen Erlaß an die Eisenbahnbediensteten hinausgegeben, in dem es heißt:



A. G. Vereinigter Wiener Tischlermeister
Wien VI,
Capistrang. 10
(bei Mariahilferstraße 31)

Möbel aus unserem Lager werden Ihnen zutiefsten Freude bereiten!

Sich erwarten von den Herren Dienstvorständen zusehentlich, daß sie durch Einwirkung auf die ihnen unterstehenden Mitglieder der vaterländischen Front sowie durch entsprechende Dienstverteilung und allenfalls Dienstfreistellung nach Diensteszulässigkeit es ermöglichen, daß die größtmögliche Beteiligung gewährleistet wird.

Interessant an dem Erlaß ist nicht nur die Privolität, mit der eingestanden wird, daß man Teilnehmer an einem Fackelzug für den Bundeskanzler preßt, sondern auch die Mitteilung, daß die Teilnehmer mit Freifahrtsscheinen, also auf Staatskosten, zur Kundgebung befördert werden.

Um diesem Erlaß möglichst großen Nachdruck zu verleihen, wurden an vielen Dienststellen, wie beispielsweise im Bahnhof Villach, Bedienstete in die Kanzlei gerufen, wo sie mit ihrer Unterschrift die Entgegennahme der Weisung bestätigen mußten, daß sie sich an der sogenannten vaterländischen Kundgebung in Klagenfurt zu beteiligen haben.

In dem Fackelzug, der vor der „vaterländischen Kundgebung“ stattfand, nahmen dreitausend Personen teil; von ihnen waren achthundert uniformierte Heimwehrleute; von einer kleinen Zahl Studierender abgesehen, gab es im Zuge neben einigen Kompanien des Bundesheeres, die in Uniform erschienen waren, bloß andere, an der Uniform erkannte, zur Demonstration gepreßte öffentliche Angestellte. Es war klar, daß die Kundgebung ohne die dazu gepreßten öffentlichen Angestellten einen überaus lästigen Eindruck gemacht hätte.

Der Mißbrauch der Dienstgewalt über Angestellte, die aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden, zu politischen Kundgebungen ist eine Schande.

Der Terror gegen öffentliche Angestellte überhaupt nimmt schon ganz unerhörte Formen an. Hat da Bundeskanzler Dr. Dollfuß am 15. November in einer Versammlung in Lulln sich geradezu darüber lustig gemacht, daß es Beamte gebe, die keine Politik treiben wollen, weil sie objektiv sein müßten! Dabei sprach er Drohungen gegen jene Beamte aus, die sich, wie er höhnte, „hinter der Objektivität der Objektivität vertrieben...“, hinter jene Objektivität, die zu den beschworenen Pflichten des öffentlich Angestellten gehören.

Die Gefertigten stellen an die Bundesregierung die Fragen:

1. Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß der Schande ein Ende gemacht werde, daß liebedienstliche Vorgesetzte öffentlicher Angestellter und Angehöriger des Bundesheeres, sowie Vorgesetzte von Bundesbahnangestellten die ihnen unterstellten Personen zur Teilnahme an politischen Kundgebungen pressen und solche Kundgebungen durch den Mißbrauch öffentlicher Verkehrseinrichtungen, eigentlich aus öffentlichen Mitteln, finanzieren?
2. Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß die Bundesbeamten, ebenso wie die Beamten der Bundesbahnen in Ausübung ihres Amtes die von ihnen beschworene Objektivität auch wirklich einhalten können, ohne daß sie deshalb von Regierungsmitgliedern verhöhnt oder bedroht werden?

Darauf wird in die Tagesordnung eingegangen.

Berichterstatter Körner

referiert namens des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten über den Antrag der Bundesräte Brandeis und Genossen, betreffend ein Gesetz über das Haftprüfungsverfahren, und bezeichnet als den Zweck des Antrages, einen größeren Rechtsschutz der Person zu erreichen. Durch den Gesetzesentwurf sollen die schwersten Mißstände im Strafverfahren abgestellt werden. Ein kontradiktorisches Verfahren, ein Haftprüfungsverfahren bei Verwahrungshaft und Entscheidungen über gerichtliche Untersuchungshaft soll innerhalb der ersten acht Tage durchgeführt werden. Zwei Monate nach einer gesetzlich verhängten Untersuchungshaft soll ebenfalls im kontradiktorischen Verfahren neuerlich geprüft werden, ob die Untersuchungshaft weiterbesuchen darf. Wenn entschieden wurde, daß sie weiterzuführen hat, soll innerhalb weiterer drei Monate ein neuerliches Haftprüfungsverfahren einleiten. So sollen Sicherungen geschaffen werden, um den Schutz der persönlichen Freiheit zu gewährleisten.

Genie allerdings ist der Schutz der persönlichen Freiheit überhaupt vor die Hunde gekommen. Man braucht nur einen Blick in die Zeitungen zu werfen und die Überschriften zu lesen, um das zu erkennen. Wenn man die Entwicklung seit dem März dieses Jahres betrachtet, seit dem die Regierung den autoritären Kurs begonnen hat, kann man genau erkennen, daß alle Notverordnungen, die auf Grund des Kriegswirtschaftsgesetzes erlassen worden sind, doch keinen anderen Grund hatten, als jede der Regierung unangenehme politische

Richtung zu verhindern und die Vaterländische Front zu propagieren. Daß man von Parteien gar nicht mehr redet, sondern nur von Fronten, sich in Vergangenheitsideologien an den Krieg bewegt, ist das deutliche Zeichen, daß es überhaupt keinen Rechtszustand mehr bei uns gibt, daß der parlamentarisch-demokratische Staat nicht mehr bestehen soll und daß sich die Regierung in einem Kriegszustand gegen die Mehrheit der Bevölkerung befindet, um die Unterdrückung aller Richtungen zu erreichen, die ihr unbequem sind und die aus dem Volke kommen.

Die Notverordnungen haben das Verwarnungsstrafrecht gegenüber dem Strafrecht betraut erweitert, daß in dreifacher Hinsicht die ganze Verwaltung unserer Republik bereits geändert ist. Zunächst ist der Umfang der verwaltungsrechtlich strafbaren Handlungen auf Handlungen und Maßnahmen erstreckt worden, die mit der politischen Gesinnung zusammenhängen. Heute kann kein Mensch mehr beurteilen, was alles strafbar ist. Weiter wurden die zulässigen Strafen, die im Verwaltungsstrafverfahren verhängt werden können, in so ungeheurer Maße erweitert, daß dagegen alle gerichtlichen Strafen ganz bedeutungslos geworden sind. Schließlich ist der Rechtsmittelzug vollkommen beseitigt worden.

Was für eine Verwilderung spricht daraus, wenn man für den Fall, daß man den Täter nicht eruiert, irgendeinen anderen einsetzt, daß man Fußscharen bildet und so jemand anderen strafbar macht, wenn man den eigentlichen Täter nicht feststellen kann. Das ist kein Rechtszustand, sondern Kriegszustand.

Wir haben jetzt schon die Geiselnrichtung in Österreich, über die die amtliche „Wiener Zeitung“ seinerzeit so gespottet hat, als in Deutschland Geiseln ausgehoben wurden. Da schließlich in Innsbruck ein Nationalsozialist, der zu sieben Wochen Arrest verurteilt wurde, an Stelle des Geflüchteten wird ein anderer ins Landesgericht gesteckt. Es geschahen Massenverhaftungen wegen Hochverrats, kein Mensch weiß warum. Von der Bezirkshauptmannschaft Kuffstein wird amtlich verlautbart, daß in Simlhut, falls die Täter nicht eruiert werden können, ehemalige Führer oder sonstige einflussreiche Persönlichkeiten der nationalsozialistischen Partei in dem jeweils in Betracht kommenden Gemeindegebiet auf die Dauer eines Jahres in ein Anhaltelager gebracht werden sollen. Die Auswahl der Personen sei bereits getroffen, wobei auf Name, Stand, Beschäftigung und Familie keine Rücksicht genommen wird.

Selbstverständlich muß die Krönung des Wertes darin bestehen, zu Ausnahmeverfügungen für den Kriegszustand, zum Standrecht und zur Todesstrafe zu kommen. Es ist jedenfalls kennzeichnend, daß am 12. November, am Tage der Republik, Bundesminister Dr. Schöningg einen Leitartikel in der „Wiener Zeitung“ schreiben muß: „Warum Einführung der Todesstrafe?“ Das ist am fünfzehnten Jahrestag der Republik, die vierzehn Jahre von den Christlichsozialen der Hauptsache nach geführt und verwaltet wird. (Rebhäfer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bundesrat Klimann (großdeutsch) wendet sich dagegen, daß Träger der goldenen Tapferkeitsmedaille aus dem Umstand, daß sie einst bei einer verbotenen Partei waren, seit dem Verbot aber sich in keiner Weise mehr öffentlich betätigen, in Fußscharen eingeteilt werden. Er kritisiert die sanitären Verhältnisse im Klagenfurter Polizeigefängnis, wo es trotz Einschreiten der Stadtgemeinde und der Landesfamilienbehörde noch nicht gelungen ist, Abhilfe zu schaffen. Der Redner befaßt sich sodann mit der Grazer Rede des Bundesführers Starhemberg, deren Ton alles Dagegen überfliegen habe. Diese Äußerungen sind um so bedenklicher, als Starhemberg ja nicht nur als Führer der Heimwehren, sondern auch als Stellvertreter des Führers der Vaterländischen Front sprach. Man muß sich fragen, ob der Bundeskanzler von dieser Rede vorher Kenntnis gehabt hat und ob er sie billigt, oder aber, ob sich der Herr Starhemberg auch über seinen Führer hinwegsetzt. Wir müssen aber auch die schwersten Angriffe gegen die Leitung der Kavog richten, die die Übertragung dieser Rede ermöglicht hat.

Bundesrat Ofenböck weist darauf hin, daß die Regierung nach der Verfassung verpflichtet wäre, im Bundesrat zu erscheinen. Daß dies nicht geschieht, ist um so bedauerlicher, als wir das Bedürfnis haben, dem Bundeskanzler auf seine jüngste Rede, die er in Zulln gehalten hat, zu antworten. Was die Bemerkungen des Bundeskanzlers über die sozialdemokratischen Führer betrifft, muß man die Frage stellen, ob ihm nicht bekannt ist, daß einige sozialdemokratische Mandatäre verhaftet oder mit Gummiknüppeln behandelt worden sind. Der Bundeskanzler möge einen sozialdemokratischen Führer nennen, der sich gedrückt hat. Wir vernahmen uns mit aller Entschiedenheit gegen diese Art einer Polemik. Wenn man uns etwas zu sagen hat, möge man den Mut haben, es uns hier zu sagen. (Rebhäfer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Auf der einen Seite sagt man uns, daß unsere Führer dabonlaufen, auf der anderen Seite verbietet man alle Versammlungen, die den Zweck haben, daß sich die Arbeiter mit der Masse besprechen. Ofenböck beschäftigt sich dann mit den Ausführungen des Landeshauptmannes Reither in Zulln und bemerkt, er stamme darüber, daß Landeshauptmann Reither solche Worte über die Arbeitslosen finden konnte, da Reither die Verhältnisse in Niederösterreich kennen muß und weiß, daß die Arbeitslosen Opfer des wirtschaftlichen Zusammenbruchs geworden sind.

Auf die Dauer sind die heutigen Zustände unerträglich. Eine Änderung kann nicht auf

autoritärem Wege, sondern nur auf dem Weg der Verfassung erfolgen. Dazu braucht man das Parlament.

In der letzten Sitzung des Bundesrates hat Dr. Schörf in Begründung einer dringlichen Anfrage ausgeführt, daß der Bundesregierung und dem Bundespräsidenten die Verpflichtung obliege, den Nationalrat zur Herbsttagung einzuberufen und ihm den Bundesvoranschlag für das Jahr 1934 zur Beratung vorzulegen. Unter Hinweis auf die mehrfachen Äußerungen des Bundespräsidenten wurde von Dr. Schörf an die Regierung und an die Abgeordneten der Regierungsparteien die Frage gestellt, ob sie bereit seien, die österreichische Tat zu setzen, die der Bundespräsident von ihnen erwartet, nämlich an der Entwirrung der politischen Krise mitzuwirken. Das Staatsoberhaupt ist der Meinung, eine Entwirrung der politischen Krise müsse in erster Linie von den Abgeordneten selbst ausgehen. Halten wir diese Erklärung des Bundespräsidenten mit seiner Erklärung vom 20. März

zusammen, so lesen wir aus ihr den Appell heraus, gerichtet vor allem an die Abgeordneten der Regierungsparteien, der Christlichsozialen Partei und des Landbundes, zu tun, was in ihren Kräften steht, um die verfassungsmäßige Wirksamkeit des Nationalrates sicherzustellen. Der Appell des Bundespräsidenten vom März dieses Jahres ist ungehört verhallt. Wir richten heute neuerlich an die Abgeordneten der Christlichsozialen Partei und des Landbundes die Frage, ob sie bereit sind, das zu tun, was der mit ihren Stimmen gewählte Bundespräsident als österreichische und patriotische Tat heischt. (Rebhäfer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag des Berichterstatters, der von der Regierung die Einbringung einer Vorlage über das Haftprüfungsverfahren verlangt, wird angenommen. Die Verhandlung wird abgebrochen. Nächste Sitzung: Freitag, den 1. Dezember, 11.30 Uhr, mit der Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. Schluß der Sitzung: 13.40 Uhr.



Das Einleger-system für Probelehrer.

Als anlässlich der 5. Novellierung des Lehrerdienstgesetzes in Niederösterreich die neuen Kategorien der Hilfs- und Probelehrer geschaffen wurden, haben die Sozialdemokraten im Landtag davor nicht nur gewarnt, sondern sie haben gegen die betreffenden Paragraphen der 5. Lehrerdienstgesetznovelle auch gestimmt. Dies sei anlässlich der lügenhaften Erklärungen in verschiedenen Lehrerversammlungen ausdrücklich in Erinnerung gebracht.

Die Hilfslehrer werden stundenweise entlohnt. Das birgt nicht nur für die Lebenshaltung der jungen Lehrer, sondern auch für das Ansehen und den Erfolg der Schule schwere Gefahren. Erhält doch ein Hilfslehrer mit zehn Wochenstunden, die ihm übrigens niemand garantiert, in Niederösterreich etwa 50 S monatlich, damit er zirka 100 S erreiche, müssen mindestens 20 Wochenstunden frei werden, die nicht durch andere Lehrkräfte im Rahmen der dreißigstündigen Lehrverpflichtung besorgt werden können. Gegen dieses System der stundenweisen Entlohnung (jeder Tagelöhner gehört einem höheren Entlohnungssystem an) ist das im amtlichen Wiener Entwurf für Wiener Hilfslehrer vorgesehene Monatslohn von 120 S geradezu ein Idealzustand. Für viele hunderte von Lehramtskandidaten ist aber selbst eine niederösterreichische Hilfslehrerstelle ein sehr erstrebenswertes Ziel. Das mag auch für die Haltung mancher Landtagsabgeordneten, die für die Schaffung einer solchen Lehrerkategorie gestimmt haben, maßgebend gewesen sein. Dies um so mehr, als der Finanzreferent Prader in offener Landtagsitzung den Abbau unter anderem mit der Notwendigkeit von Neuanstellungen begründete. Die für die Zeit unmittelbar nach dem Abbau vorgesehenen Neuanstellungen blieben aber aus. Deshalb interpellierte Genosse Hein den Finanzreferenten in der letzten Landesschulratsitzung wegen Einhaltung dieser Zusagen. Hein vertrieß bei dieser Gelegenheit auf ein Gespräch, das vor der Geschwörung der Abbauvorschristen zwischen Prader und ihm stattgefunden hat und in welchem Prader die Anstellung von 100 bis 150 Hilfslehrern für die

Zeit unmittelbar nach dem Abbau in Aussicht stellte. Die Antwort Praders auf Heins Anfrage im Landesschulrat wiederzugeben, ist uns verwehrt, da die Vertraulichkeit der Landesschulratsitzungen immer wieder betont wird.

Die Notwendigkeit der Anstellung von Hilfslehrern geht mit aller Deutlichkeit aus den Zuständen hervor, die der Probelehrerung in Niederösterreich mit sich bringt. Es gibt in Niederösterreich derzeit mindestens 360 Probelehrer und Probelehrerinnen, von denen die meisten fallweise zur Supplierung herangezogen werden. Bei vielen von ihnen ist die Zahl der Stunden, die sie selbstständig unterrichten, größer als die Zahl der Stunden, die sie hospitieren. Es gibt sogar eine nicht unbeträchtliche Zahl von Klassen, die von Probelehrern seit Schulbeginn beziehungsweise seit ihrer Einstellung als Probelehrer selbstständig geführt werden. Wir geben gern zu, daß die meisten Probelehrer, vielleicht sogar alle, gern unterrichten, obwohl sie dafür keine Entlohnung erhalten, weil der Berufsidealismus und der Tätigkeitsdrang der jungen Leute durchbricht. Ist es aber des Landes würdig, daß es von diesen armen Teufeln unbezahlte Dienste entgegennimmt?

Ein solcher Zustand ist aber auch für das Schulwesen, für den gesamten Lehrstand und insbesondere für die Probelehrer selbst auf die Dauer unerträglich. Zu welchen Zuständen das führen kann, geht aus einer Mitteilung des Abgeordneten Hein im Landesschulrat hervor, die wir der Öffentlichkeit nicht verschweigen können. Sein teilt mit, daß im Waldviertel ein Lehramtskandidat, dem für einen bestimmten Ort eine Probelehrerstelle in Aussicht gestellt worden war, sich den Lebensunterhalt dadurch sichern wollte, daß er sich Gratskloppläche für die verschiedenen Wochentage bei einzelnen Bauern und Gewerbetreibenden erbat. Daß dieser Kandidat dann nicht angestellt wurde, weil er vermutlich einem späteren Jahrgang angehört, ist für die Beurteilung der Sachlage nicht wesentlich. Das ist nichts anderes als das Einleger-system, das in der allgemeinen Armenfürsorge Niederösterreichs als zu unwürdig abgelehnt wurde. Das soll also im Lehrstand fröhliche Urständ feiern. Dazu sollte sich ein Lehrerbildner nicht hergeben, auch wenn er Finanzreferent ist. Dagegen muß sich nicht

nur die gesamte Lehrerschaft, sondern im Interesse der Schule auch die gesamte schulfreundliche Öffentlichkeit zur Wehr setzen.

Arbeit für den Landtag.

Am Freitag, den 24. November, hält der Landtag eine Sitzung ab, über deren Verlauf wir in der nächsten Nummer berichten werden. Aber schon heute soll die Tagesordnung dieser Sitzung besprochen werden. Der Landtag, der zu seiner zweiten Sitzung nach den Ferien zusammentritt, findet eine ausgiebige Arbeitsmenge vor. Es stehen einige Gesetze zur Beratung, und zwar vor allem ein Heilquellen- und Kurortgesetz. Die Landesregierung erhält durch dieses Gesetz das Recht, Gebiete, in denen eine Heilquelle oder ein Moorbad vorhanden ist, als Heilbäderorte, Gebiete, in denen andere natürliche Heilbäder vorhanden sind, als Kurorte zu erklären. Die Voraussetzung für diese Erklärung ist, daß die Orte für die Aufnahme heilbedürftiger Fremder eingerichtet sind. Für jeden Kurort ist eine Kurkommission zu errichten. Diese Kurkommission, in der die Gemeindevertreter die Mehrheit haben müssen, erläßt die Kurordnung und setzt die Kurabgabe fest. Die Kurkommissionen unterstehen der Landesregierung.

Ein weiterer Gesetzentwurf regelt die Beerbigung, Überführung und Entdigung von Leichen. Die Beisehung einer Leiche auf einem nicht zum Stierbeort gehörigen Friedhof bedarf der Einwilligung der Bezirkshauptmannschaft. An dieselbe Einwilligung ist auch die Ausgrabung (Exhumierung) einer Leiche gebunden. — Ein Nachtrag zum Jagdgesetz soll die Ausgabe von Jagdkarten neu regeln. Bis jetzt war die Ausstellung solcher Karten für einzelne Jagdgebiete, für ganze Bezirke oder für das ganze Land möglich. Ab 1. Jänner sollen nur mehr neue Karten Geltung haben, die für das ganze Land gelten.

Über Antrag der Genossen Wernb, Welfsch und Ruckeschel, den Viefingallanal aus den Mitteln der Trefferanleihe zu vollenden, stellt der Verfassungsausschuß folgenden Antrag an den Landtag: Der Landeshauptmann wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dahin zu wirken, daß die zur Fortsetzung des Viefingallanal erforderlichen Mittel bewilligt werden. Dann liegt dem Landtag noch ein Antrag auf Regulierung des Waidenbaches vor und ein Antrag auf Regulierung des Melstflusses.

Ein dem Landtag vorkommender Gesetzentwurf regelt die Rückergütung von Unterkünnungsgebühren, die ein Bezirksfürsorgeamt für einen anderen auslegt. Ein weiterer Entwurf bestimmt, daß die Gemeinden das Recht erhalten, bei ansteigenden Krankheiten zwei Drittel der Krankenüberführungs- und Desinfektionskosten von dem Kranken oder dessen Angehörigen zurückzufordern.

Der Landtag hat also eine Fülle von Arbeit zu bewältigen. Freilich, das alles ist noch viel zu wenig. Es fehlt noch immer eine umfassende Arbeitsbeschaffung, zu der Land und Bund verpflichtet sind.

Verzeichnis der Hunde.

Eine soeben veröffentlichte Kundmachung des Landeshauptmannes, betreffend die Evidenzhaltung der Hunde, verfügt, daß in ganz Niederösterreich in sämtlichen Gemeinden alle über drei Monate alten Hunde wegen der Gefahr der Verbreitung der Wutkrankheit in Evidenz zu halten und in ein gemeindeamtliches Verzeichnis aufzunehmen sind. Der Hundebesitzer ist verpflichtet, das Verenden, das Gutweihen und jede Standortveränderung von Hunden binnen 24 Stunden im Gemeindeamt zu melden.

Beachtenswert Kleinigkeiten!

Bauernentschuldung. Hitler plant in Deutschland eine allgemeine Bauernentschuldung durchzuführen. Diese Entschuldung soll rahonweise derart durchgeführt werden, daß die Schuldenlasten eines solchen Rayons gleichmäßig auf alle im Rayon befindlichen Wirtschaften aufgelastet werden sollen. Jedenfalls ist diese Form der Entschuldung so einfach wie das Ei des Kolumbus. Es fragt sich nur, ob sie die richtige Form zur Lösung dieses großen volkswirtschaftlichen Problems ist.

Im übrigen braucht man an die Verwirklichung dieses etwas phantastischen Planes nicht so zuverläßig zu glauben. Eher wahrscheinlich ist, daß dieses Versprechen nur ein Agitations- über der braunen Herrschaften für die verschuldeten und notleidenden Landwirte ist. So wie seinerzeit das Versprechen der Aufhebung der Warenhäuser ein Köder für die Angestellten und Gewerbetreibenden war. Durchgeführt hat die Hitlerer natürlich nicht.

Der „Bauernbündler“ aber nimmt diese etwas verworrene Kunde bitter ernst. Er rückt auch sofort mit der Abwehr und Kritik heraus und spricht davon, daß diese Bauernentschuldung — ein Stück Sozialisierung wäre.

Der kluge „Bauernbündler“ weiß auch gleich — um seine Anhänger nur ja gleich von so gefährlichen Gedankengängen abzubringen — allerlei andere Hilfsmittel gegen die Bauernverschuldung und die Not der Kleinen. Bei diesem eifrigen Beginnen unterlaufen dem biederen Blatte sogar — vielleicht sogar wider Willen — einige Wahrheiten.

Bathetisch fragt er: Zinsfußsenkung? — Ja! Auch wir meinen dies. Nur vergißt der wadere Nationalökonom im „Bauernbündler“, daß der ihm sehr nahestehende Herr Dr. Kienböck als erster von allen Bankgewaltigen (Kienböck ist Präsident der Nationalbank) den Zinsfuß in Österreich so hoch hält, daß er heute der höchste Zinsfuß der europäischen Notenbanken ist.

Sehr hübsch spricht dann der „Bauernbündler“ der christlichsozialen Bauern von der Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung, von der Notwendigkeit, den Konsum zu heben und „Reichreinnahmen“ zu schaffen. Wie wäre es, wenn der „Ökonomist“ des „Bauernbündlers“ seine Freunde in der Regierung auf diese „Notwendigkeiten“ aufmerksam machen würde?

Bei unserer heutigen Handelspolitik, bei dem österreichischen Sparbudget, das jede, auch die kleinste Summe für außerordentliche Arbeitsbeschaffung glatt gefricht hat, bei der stetigen Kürzung aller Gehälter, Einkommen und Löhne, wobei der Staat als erster vorangeht, kann man natürlich die Konsumkraft eines Volkes unmöglich „heben“. Aus den Industriefriedhöfen Österreichs kann keine neue Aufbaumacht erwachsen, auch nicht für die notleidende Landwirtschaft.

Und wenn daher der „Bauernbündler“ aus Verlegenheit seinen Lesern vorrechnet, daß etwa eine Erhöhung des Milchpreises um drei bis vier Groschen für die Landwirtschaft eine Mehreinnahme in der Höhe der gesamten Grundsteuer bedeuten würde, so würde die

Milchbauern der neuerliche Konsumrückgang in Milch und Molkereiprodukten bald eines besseren belehren.

Wie gesagt, lieber „Bauernbündler“, mit schönen Worten allein geht es nicht immer. Wie wäre es, wenn der Agrarfachmann der Christlichsozialen Partei etwa dem entscheidenden Regierungsfachmann dieser Partei zur besseren und schnelleren Lösung dieser wichtigen Bauernfragen einmal ein ehrliches Privatstimmum halten würde? Der Briefkasten des „Bauernbündlers“ scheint denn doch — ein verfehlter Ort hierzu...

Haben die Bauern schon vergessen?

In Briefkasten des „Bauernbündlers“ (Organ des Niederösterreichischen christlichsozialen Bauernbundes) liest man: „Haben unsere Bauern die Zeiten schon ganz vergessen, wo sie gar keine Rechte hatten?“ Fast muß man fürchten: Ja!

Dieselben Bauern, die noch vor knapp achtzig Jahren „Untertanen“ des Grundherrn waren, zehnten und Giebigkeiten leisten mußten und für die Herrschaften oft noch „roboten“ mußten, dieselben Bauern wollen nunmehr, scheint es, den Arbeitern alle Rechte borenhalten oder wieder wegnehmen. Denn anders wäre der erste Satz, aber noch weniger der zweite Satz, wie: „... unsere Aufgabe muß sein, wirtschaftlich mögliche Arbeiterrechte zu schützen!“ (Siehe „Bauernbündler“ vom 13. November 1933 — Briefkasten.)

Diese beiden ersten Sätze wären wunderschön, wenn nicht der erklärende Nachsatz über das Warum wäre.

Die frommen Herren vom „Bauernbündler“ wollen die obige Lehre dem Auftrager erteilen, weil — na weil — „um die Arbeiter auf unsere Seite zu bringen“.

Wenn die Herrschaften keinen anderen Grund als Arbeiterfang für christlichsoziale Agrarpolitik für ihre Freiheitsbewußtheit anzuführen haben, dann allerdings — allen Respekt vor solchem Freiheitsdrang!

Internationale

Amerika anerkennt die Sowjetregierung.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die russische Sowjetregierung anerkannt. Das hat weltweite Bedeutung, denn die beiden Staaten gehören zu den größten und volkreichsten der Erde. Schon in nächster Zeit soll zwischen ihnen auch ein Nichtangriffsvertrag abgeschlossen werden. Russland wird in Amerika riesige Mengen Industrieerzeugnisse bestellen. Die Verständigung zwischen Russland und Amerika ist auch für

die Kriegsgefahr im Fernen Osten

von größter Bedeutung. Der heutige Imperialismus der japanischen Militärkaste wird dadurch in die Schranken gewiesen werden. Amerika und Russland wollen keinen Krieg mit Japan. Vielleicht wird die amerikanisch-russische Annäherung den drohenden Krieg verhindern helfen.

Die Abrüstungstagung schiebt.

Ihre Beratungen in Genf kommen nicht vom Fleck. Die Vertreter der Großmächte verharren auf ihren weit auseinandergehenden Ansichten. Es ist kaum mehr zweifelhaft, daß die Abrüstungstagung scheitern wird. Das Wettrüsten wird dann verstärkt fortgesetzt werden — bis zum nächsten Weltkrieg.

Eine Annäherung zwischen Deutschland und Polen

Ist durch die gegenseitige Erklärung, daß die beiden Staaten einander nicht angreifen werden, erzielt worden. Die Hitler-Regierung ist sehr stolz darauf, daß sie wenigstens einen scheinbaren außenpolitischen Erfolg erreicht hat.

Osterreich

Das französische Parlament über Osterreich.

Im französischen Parlament hat der Sozialist Longuet (sprich etwa: Longé) über die Politik der österreichischen Regierung gesprochen. Die Rede Longuets war in allen französischen Zeitungen zu lesen. Wir können sie nicht abdrucken — der Staatsanwalt würde es nicht zulassen und ein weißer Fleck wäre die Folge. Auch die Zeitung der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat sich am Montag mit den Ereignissen in Osterreich beschäftigt. Sie fasste eine Entscheidung hierüber. Von dieser wichtigen Kundgebung konnte die „Arbeiterzeitung“ nur den Titel „Die Internationale warnt“ abdrucken; das übrige hat der Staatsanwalt beschlagnahmt.

Kundgebungen für Bürgermeister Seitz.

Genosse Seitz ist seit zehn Jahren Bürgermeister von Wien. Aus diesem Anlaß sind ihm von den Wiener Sozialdemokraten viele Ehrungen bereitet worden. Wo Seitz in den letzten Tagen erschien, wurde er jubelnd begrüßt. In Seitz ehren die Wiener das große Aufbaupersonal der Sozialdemokraten. Das drückt der Jubel aus, mit dem der Volksbürgermeister begrüßt wird, wohin er kommt.

Gegen das rote Wien

wird der schärfste Druck ausgeübt, um es an der Fortsetzung seines Aufbaues zu hindern. Die Bundesregierung hat, wie schon berichtet worden ist, durch verschiedene Maßnahmen der Stadt und dem Land weit über hundert Millionen Schilling im Jahr entzogen. Wäre das nicht geschehen, könnte Wien weiter 6000 neue Volkswohnungen im Jahr bauen und neue Fürsorgestellen für die Mittellosen schaffen. Die Eingriffe des Bundes aber verhindern all das. Obwohl Wien weitaus den größten Teil der Bundessteuern aufbringt, zahlt der Bund seiner Hauptstadt mit zwei Millionen Einwohnern im Verhältnis nur ebensoviele an Ertragsanteilen, wie den kleinsten, bedürfnislosesten Dörfern. So kann das rote Wien nicht mehr bauen, die Tausende, die bisher bei den Bauten der Stadt Verdienste gefunden haben, werden erwerbslos.

Für die Einberufung des Parlaments

treten nicht nur die Sozialdemokraten, sondern nun auch die Landbündler ein. Der Bundespräsident hat mitgeteilt, daß er die „Entwicklung der Parlamentskrise“ den Abgeordneten überlassen müsse. Die Landbündler haben diesen Weg beschritten. Bei der Einstellung der christlichsozialen Führer bezweifeln wir, daß er zum Erfolg führen wird.

Wer sagt die Wahrheit?

Starhemberg hat im Radio gesagt, „mit dem Landbündler und früheren Vizekanzler Ingenieur Winkler schließt kein anständiger Mensch ein Übereinkommen.“ Auf diese Frechheit antworteten die Landbündler mit der Behauptung, Bundeskanzler Dollfuß habe bei der Bildung seiner zweiten Regierung, in Anwesenheit von

Zeugen, mit Winkler ein Übereinkommen geschlossen. Starhemberg erwiderte öffentlich, der Bundeskanzler Dollfuß habe ihn ermächtigt, zu erklären, daß zwischen Dollfuß und Winkler keine politischen Bindungen bestehen. Warum wird das Übereinkommen, um das der Bund zwischen den Regierungsparteien, Landbund und Heimatablock, geht, nicht veröffentlicht? Wer sagt die Wahrheit, Starhemberg oder Winkler?

General Vaugoin, der Privatmann.

Der christlichsoziale Bundeskanzler und Seeresminister außer Dienst, Präsident der Bundesbahnen, Vizepräsident der verjudeten Versicherung Böhniß und anderer nicht-arianischer Aktiengesellschaften, General der Infanterie und Inhaber des Infanterieregiments Nr. 5, Herr Karl Vaugoin, hat alle Funktionen in der christlichsozialen Partei, deren Obmann er war, niedergelegt. Am Dienstag sprach er in Linz in einer Vaterländischen Kundgebung. Alle dienstfreien Eisenbahner wurden nachdrücklich verhalten, in Uniform daran teilzunehmen. Sie bekamen auch Freifahrkarten nach Linz. Die Bundesbahnen haben zwar ein hohes Defizit, das können sie sich aber schon noch leisten. — Vaugoin hat seine eisenbahntechnische Studienreise bereits begonnen. Diese „Studienreise“ führt ihn zunächst nach Paris und an die wunderschöne französische Riviera. Dort sind jetzt im Winter die reichsten Leute der Welt beisammen, dort wird General Vaugoin auf Kosten der armen Bundesbahnen zweifellos sehr wertvolle Erfahrungen für die Bundesbahnen machen können.

Der neue christlichsoziale Parteiohmann

ist der frühere Unterrichtsminister Doktor Czermak, ein Freund des Bundespräsidenten. Czermak ist einer der schwärzesten Klerikalen und den Niederösterreichern als Vorsitzender der Landes-Lehrerernennungskommission besonders gut bekannt.

Der „Demokrat“ Reither.

Christlichsozialer Landeshauptmann von Niederösterreich, sagte am Republiktag in Reg.: „Das bisherige Wahlrecht muß abgeändert und abgeändert werden. Das geht nicht mehr, daß eine Gemeinde von Arbeitslosen verwaltet wird, die keine Steuern bezahlen.“ Das gleiche Wahlrecht gefällt dem Landeshauptmann also nicht. Reither meint, daß man die Verwaltungskörper wieder ausschließlich den Steuerzahlern überlassen soll. So stellt sich der „Demokrat“ Reither die Demokratie vor.

Sehr zeitgemäß

ist die Anordnung des Justizministers, daß bei allen Bezirksgerichten besondere Sachabteilungen errichtet werden, die sich ausschließlich mit politischen Strafsachen zu beschäftigen haben werden.

Aus aller Welt

Nachrichten aus dem Dritten Reich.

Die Gefangenen in den deutschen Konzentrationslagern sind bei der Reichstagswahl gezwungen worden, zur Wahl zu gehen und für die Nazi, ihre Peiniger, zu stimmen. Gegen die Nichtwähler gehen jetzt die Sakentkrenzbestien mit dem schlimmsten Terror vor. Der Separatistenführer Dörten, der das Rheinland vor einigen Jahren von Deutschland losreißen wollte, hat sich als begeisterter Hitler-Anhänger erklärt. Das Vermögen Albert Einsteins, des weltbekanntesten deutschen Gelehrten, ist beschlagnahmt worden, weil Einstein Deutschland verlassen hat. Im Lande Baden sind Kommunisten als Geiseln ausgehoben und eingesperrt worden, weil Unbekannte kommunistische Flugblätter verteilt haben.

Wird Irland selbständig?

In Irland treten immer mehr Bürger für die vollständige Loslösung Irlands von England ein. Es wird auch die Angliederung der nordirischen Landschaft Ulster an den irischen Freistaat angestrebt. Ulster gehört jetzt zum britischen Reich.

Regierung Sarraut in Gefahr.

Die neue französische Regierung Sarraut hat für ihre Außenpolitik fast das ganze Parlament gewonnen. Dagegen ist ihre Finanzpolitik noch heftig umstritten. Es ist möglich, daß sie für den Staatsboranschlag keine Parlamentsmehrheit findet und zurücktreten muß.

Roosevelts Geldpolitik

zielt auf eine neue Festsetzung des Dollarwertes mit einem bedeutend niedrigeren Kurs ab. Diesem Zweck soll eine teilweise Inflation dienen. Der amerikanische Finanzminister Woodin ist damit nicht einverstanden und deshalb zurückgetreten.

Neuwahlen in Rumänien.

Der König von Rumänien hat die Bauernregierung Vajda-Woiod einmütig abgelehnt und sich eine Regierung

der Liberalen mit dem Ministerpräsidenten Ducea genommen. Das rumänische Parlament wird am 20. Dezember nach acht rumänischen Methoden neu gewählt werden. Maniu hat wieder die Führung der Bauernpartei übernommen.

Aufstand in China.

In der chinesischen Landschaft Fujien ist ein revolutionärer Aufstand ausgebrochen. Der General Tsaiting Kai, der im Jahr 1932 Schanghai verteidigt hat, steht an der

Agrarpolitische Rundschau

Schöpferisch formende Kraft der Gemeinschaft.

Bisher haben wir immer hören müssen, daß in der Viehwirtschaft der Kleinbetrieb dem Großbetrieb überlegen ist, und auf einmal soll sich gezeigt haben, daß man die Bauern vor den Großbetrieben schützen müsse, und zwar vor den Schweinegroßmästereien. Wir haben schon vor 14 Tagen berichtet, daß in der neuen Schweineordnung landwirtschaftliche Betriebe künftig nur bis 100 Schweine gleichzeitig halten dürfen. Die österreichische Schweineproduktion hat, wie es in einer offiziellen Ausföndung heißt,

„in der letzten Zeit einen derartigen Aufschwung genommen, daß sie, wenn nicht einschränkende Maßnahmen getroffen werden, nicht nur den inländischen Bedarf an Schweinefleisch vollständig deckt, sondern daß sogar der Export von Schweinen ins Auge gefaßt werden möchte. Die außerordentlich niedrigen Futtermittelpreise und andererseits die durch die Viehverkehrsregelung auf einer annähernd rentierenden Höhe gehaltenen Inlandspreise für Schweine brachten es mit sich, daß sich nicht nur Landwirte in einem erheblichen, über die eigene Futtermittelbasis hinausgehenden Maße der Produktion von Fleischschweinen zugewendet haben, sondern daß auch Unternehmer die Schweinehaltung betreiben, die lediglich mit zugekauften Futtermitteln ihren Betrieb führen. Abgesehen davon, daß die Frage der Einfuhr von Schweinen für die Ermöglichung von Handelsverträgen mit den Oststaaten, nach welchen ein erheblicher Teil unserer industriellen Ausfuhr geht, von maßgebender Bedeutung ist, ist aber auch bei einem Überhandnehmen der österreichischen Schweineproduktion zu fürchten, daß die Preise, die für die landwirtschaftlichen Betriebe im Hinblick auf die österreichischen Produktionskosten von Futtermitteln bei günstiger Lage am Absatzmarkt gerade noch rentabel sind, nicht mehr zu halten sein werden. Ist die österreichische Produktion einmal auf den Export angewiesen, so wird sie für ihre Erzeugnisse nur mehr den sehr niederen Weltmarktpreis erreichen, was schließlich einen Zusammenbruch der in letzten Jahren aufgebauten Erzeugung herbeiführen möchte.“

Die letztere Gefahr ist vorläufig noch nicht entscheidend, denn die Produktionssteigerung ist bisher wohl noch geringer als die Einfuhr; immerhin ist zuzugeben, daß in den Handelsverträgen mit Ungarn, Polen, Rumänien und Jugoslawien die Einfuhr von etwa 200.000 Schweinen nach Osterreich zugelassen ist.

Wenn die Ferkelhaltung ausländischen Viehs, welche unserer Zoll- und Konfingenerierungspolitik zugrunde liegt, einen Sinn haben soll, dann den, daß der Schweinemäster am Balkan, der Schweine nach Osterreich bringt, den Erlös nicht zum Ankauf österreichischer Industrieerzeugnisse verwendet, sondern die Industrieerzeugnisse in seinem eigenen Lande kauft. Wenn wir aber glücklich so weit gekommen sind, daß die heimische Landwirtschaft dem heimischen Konsum die bisher importierten Schweine zur Verfügung stellen kann, dann muß doch im selben Ausmaß die Kaufkraft der heimischen Landwirtschaft gestiegen sein — und alles ist in Butter.

Ja, aber, kommt jetzt zur Antwort, wenn der Markt reichlich mit Schweinen versorgt ist, dann lassen sich die Preise nicht mehr halten. Was ergibt sich daraus? Daß in der jetzigen Schweineverkehrsregelung die Preise vielleicht zu hoch sind! Man möchte die Preise nur sinken lassen, dann würde sich schon zeigen, wer als konkurrenzfähig übrigbleibt. Hat man Angst, daß die neuen Schweinegroßmästereien den alten Betrieben technisch überlegen sind, dann mag das vom bevölkerungspolitischen Gesichtspunkt sehr traurig sein, aber es würde daraus mit zwingender Logik folgen, daß die gegenwärtige Regelung eine Konfervierung veralteter Produktionsmethoden bedeutet. Und so sollte die Krise überwunden werden?

Man hat offenbar nicht nur vor den neu entstandenen Großmästereien Angst, sondern auch vor den kleinen Leuten. Denn warum sollten diejenigen, welche in ihrer eigenen Wirtschaft keine genügende Futtermittelbasis haben, also Futter zukaufen müssen (was sagen im übrigen die Futtermittelherzeuger zur Schweineverordnung?), nur zwei Schweine halten dürfen? Warum soll ein zwangspensionierter Eisenbahner, der von einer mehr als bescheidenen Pension leben muß, sich nicht durch Haltung eines dritten oder vierten Schweines noch etwas dazu verdienen dürfen?

Soll durch die neue Generalvormundschaft vielleicht gar auch der Kleinbauer vor Verlusten durch einen eventuellen Preissturz auf dem Schweinemarkt geschützt werden? Besteht die Gefahr der Konkurrenzunfähigkeit gewisser Arten von Klein- und Einzelbetrieben wirklich, dann möchte man sich fragen, ob nicht

Spitze der Aufständischen. Neben anderen Forderungen verlangen sie stärkeren Widerstand Chinas gegen Japan.

Ein faschistischer Anschlag in Japan.

Gegen den früheren japanischen Ministerpräsidenten Wakatsuki ist ein Mordanschlag verübt worden, der aber fehlschlug. Die faschistischen Mörder des früheren Ministerpräsidenten Inukai sind zwar verurteilt, vom Kaiser aber ganz begnadigt worden.

ein revolutionärer Ausdruck in der Agrarpolitik zur Vergemeinschaftlichung dieser lebensunfähigen Betriebe gemacht werden möchte. Und zwar im Interesse von Stadt und Land. Es sieht so aus, als ob dieser Zeitpunkt nicht gar so fern wäre. Und wir fragen, wer wird mehr betroffen, wenn durch hohe Preise die Kaufkraft der Bevölkerung geschmälert wird und die Arbeitslosigkeit nicht verschwindet, die Städte oder die Bauern?

Verbirgt sich hinter der Kurzsichtigkeit unserer Schweinepolitik, wenn man sie einmal als Moralist betrachtet, nicht geradezu jener Egoismus und Materialismus, um dessen willen die Demokratie zu Grabe geläutet wird? Arbeitsbauern und gewerbliche Arbeiter schaffen füreinander. Wir leben in einer Zeit, in der der Lebensnotdurft nicht durch bloßes Abspülen wohnwächsender Früchte befriedigt werden kann. Der Weg vom Nothstoff wird immer länger.

Beispielweise beim Brot. Man denke an die großen Fabriken, welche den Kunstdünger produzieren, der als Hilfsmittel zur Getreideerzeugung verwendet wird; man denke an die gewaltigen Eisenbahnanlagen, die dazu dienen, den Landwirten die Hilfsmittel für ihre Produktion heranzuführen und die von ihnen erzeugten Gutfabrikate abzutransportieren; man denke an die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken, an die großen Dampfmöhlen, an die Brotfabriken der Großstädte — und man wird einen Begriff davon bekommen, welche phantastischen Produktionsumwege heute notwendig sind, um eines von den vielen Nahrungsmitteln zu beschaffen, die wir brauchen und zu deren Produktion der Naturmensch keinen anderen Produktionsweg brauchte, als den Griff zum Baum oder das Herausreißen einer Wurzel.

Da dem so ist, können wir den nachfolgenden zitierten Worten der „Reichspost“ aus ihrem vorletzten Sonntagsteilartikel zustimmen; nur scheint es, daß die Worte der „Reichspost“ mit den Tat ihrer Freunde nicht im Einklang stehen. Die „Reichspost“ schrieb:

„Wenn heute bewußt an dem Aufbau einer aus christlich vollstem Geist heraus geformten sozialen Wirtschaftsordnung gearbeitet wird, so geschieht dies aus einer weltanschaulichen Einstellung heraus, die besagt, daß über der Kraft der Materie die schöpferisch formende Kraft der Gemeinschaft steht. Gemeinnutz geht vor Eigennutz! In der Neuordnung der Wirtschaft soll das Chaos der Ungerechtigkeit beseitigt und hemmungslos zerrissener Eigennutz ausgeschieden, sollen die Menschen wieder zu einer gegliederten Volk- und Arbeitgemeinschaft zusammengebaut, sollen Energien, die bis nun im wirtschaftlichen Kampf aufgebraucht wurden, wieder für Seele und Geist freigemacht werden.“

Soziale Rundschau

Freigewerkschaftlicher Sieg bei den Tabakarbeitern.

In Osterreich gibt es dreizehn staatliche Tabakarbeitsbetriebe. Die größten davon sind die Tabakfabriken Sainburg und Stein in Niederösterreich. In allen dreizehn Betrieben fanden kürzlich Betriebsratswahlen statt. Die christlichsoziale Gewerkschaft ließ kein Mittel unberührt, die freie Gewerkschaft zu schwächen. Auch die Vaterländische Front mußte ihr Hilfe leisten. Trotz alledem errang die freie Gewerkschaft einen glänzenden Sieg. Von den hundert Betriebsratsmandaten, die in den dreizehn Betrieben zu vergeben waren, erhielt die freie Gewerkschaft 84 und die christlichsoziale Gewerkschaft 16 Mandate. Die freie Gewerkschaft hat also mehr als eine Vierfünftelmehrheit. Dieses Wahlergebnis beweist, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen überall, auch in den staatlichen Betrieben, treu zu ihrer freien Gewerkschaft stehen.

Sieg der Freien Gewerkschaft in St. Pölten.

Bei den Betriebsratswahlen in der St. Pöltner Glanzstofffabrik erhielt die freie Gewerkschaft 351 von 465 abgegebenen Stimmen. Im Betriebsrat wird die freie Gewerkschaft 6 von 8 Mandaten innehaben. Dieser Erfolg ist um so erfreulicher, als hier Schwarze, Grüne und Braune mit allen Mitteln die freie Gewerkschaft bekämpft haben! Die Antimarxisten rechneten bestimmt mit einem Sieg, der nun aber gründlich ins Wasser gefallen ist.

Sie geben keine Ruhe.

die Herren Nazi. Am Bisamberg und in Wien haben sie wieder ein Hafenkreuz abgebrannt. In Innsbruck und in Leoben warfen sie Papierbullen, in Wien Tränengasbomben. In die Bombenwerfergeschichte der Traiskirchner Bundeszöglinge waren auch einige Sitlerjungfrauen verwickelt. Sie sind nach Deutschland geflohen. Die Staatsbürgerschaft wurde ihnen vorige Woche aberkannt. Die Wiener Polizei hat das Vermögen des Naziberlages der Brüder Frauenfeld beschlagnahmt. Mehrere Naziführer aus Steyr sind in den „Zwangsaufenthalt“ nach Wöllersdorf gebracht worden. Auch Herr Leopold und ein paar Nazi-Studenten sitzen dort. Der Rektor der Wiener Universität hat um ihre Freilassung ge-

beten. Man hat sie ihm zugesagt, wenn die übrigen Nazistudenten Ruhe geben werden. Der frühere niederösterreichische Landesrat und Naziführer Hauptmann Leopold ist fünf Monate in Untersuchungshaft gefessen, weil gegen ihn ein Verfahren wegen Hochverrates geführt wurde. Das Verfahren ist eingestellt worden, Leopold wurde aber trotzdem in das „Anhaltelager“ Wöllersdorf gebracht. Der Radioverein der Nazi ist aufgelöst worden. Auf dem bairischen Motorschiff „Fugger“ sind in Linz Briefschaften und Flugschriften der Nazi, die aus Bayern nach Wien geschmuggelt werden sollten, beschlagnahmt worden. Bei dem Naziführer Baumgartner in St. Martin bei Klagenfurt ist ein Maschinengewehr beschlagnahmt worden. In Dornbirn und in Innsbruck hat die Polizei sehr strenge

alle Passanten ausweichen mußten. Noch dazu muß unsere Stadtgemeinde die Nächtigungskosten für diese Leute zahlen! Wir haben heute nicht die Gelegenheit ordentlich über diese Dinge zu sprechen, aber wir werden nochmals darauf zurückkommen.

Amstetten. Eine Unmöglichkeit. Tausende Unterstützungsempfänger haben bereits das neue Arbeitslosennamens in der Mozartstraße. Sie kamen stets mit Sorgen beladen, trugen ihre politische Gesinnung dabei mehr oder weniger zur Schau. Nun ist es aber anders geworden. Junge Heimwehrlente in voller Ausrüstung, mit Bajonnet und Neumillimeter-Stepperpistole angetan, holen sich die Unterstützung der Republik, jene Unterstützung, die sie den Sozialdemokraten verdanken. Das ist doch das Ärgste, was man sich leisten kann.

Amstetten. Heimwehr? In einem Gasthof in Amstetten ist nun eine Abteilung bewaffneter Heimwehr untergebracht. Kam die vergangene Woche ein Arzt zur Unter-

eröffnete Filiale am Hauptplatz neben dem Schuhhaus Schlegler, die gewiß allen Anforderungen gerecht wird und durch ihre günstige Lage der Bequemlichkeit der geschäftigen Kunden weitestgehend entgegenkommt.

Amstetten. Der Arbeitermandantenverein veranstaltet am 9. Dezember in der Kinderheimstätte einen Buntten Abend. Wir bitten um zahlreichen Besuch.

Amstetten. Verhaftete Fahrraddiebe. Laut einer Mitteilung des Sicherheitsbüros der Bundespolizeidirektion Wien wurden dort am 13. November die schwer vorbestraften Hilfsarbeiter Rudolf Dent und Franz Herold verhaftet und dem Landesgericht Wien I eingeliefert. Diese beiden sind berüchtigte Fahrraddiebe und haben im September 1933 auch unser Stadtgebiet mit ihrem Besuch beehrt und dabei aus der Eisenhandlung Krosch ein Fahrrad im Wert von 240 Schilling gestohlen. Dieses Rad haben sie in einer Pfandleihanstalt in Wien um 60 Schilling verpfändet. Am selben Tag stahlen sie aus dem verperrten Keller des Franz Kitz, Mozartstraße 8, ein Fahrrad und verkauften es in Wien um 40 Schilling. Am 29. September stahlen sie aus dem verperrten Keller in der Mozartstraße 11 zwei Fahrräder, die sie auch in Wien verkauften.

Amstetten. Abbrennung eines Hafenkreuzes. Am 11. November haben bisher unbekannte Täter auf einem Baum nächst dem Hofbauerngut ein hölzernes Hafenkreuz angebracht und entzündet. Das bereits hell auflodernde Hafenkreuz war mit Petroleum getränkter Holzwohle umwunden und wurde von Kindern gelöscht. Eine sofort nach den Tätern von der Sicherheitswache vorgenommene Streifung in dem anschließenden Spiralswald blieb negativ.

Amstetten. Verhaftungen. Anlässlich vorgenommener Kontrollen wurden von der Sicherheitswache im Laufe der Woche der Gärtner Wenzel Schreiber aus Enigl, Bezirk Salzburg, welcher wegen Betrug turrendiert war, verhaftet und dem Bezirksgericht eingeliefert. Weiter wurden der Hilfsarbeiter Johann Nebel aus Wien, welcher wegen Betrug, und der Gärtner Karl Gabil, der wegen Körperbeschädigung turrendiert war, verhaftet und dem Bezirksgericht eingeliefert.

Amstetten. Funde. In der letzten Zeit wurden im hiesigen Stadtgebiet folgende Gegenstände gefunden: 1 Damenregenschirm, 1 Damenuhr, 1 Handtasche, 1 Mantelkapuze, Augengläser, 1 silbernes Halskettchen, 1 goldenes Ohrgehänge, weiter lose Geldbeträge, und zwar zu 10 S, 20 S, 1 Not und 2 Geldbörsen. Diese Gegenstände können gegen Nachweis des Eigentumsrechtes in der Zeit von 8 bis 11 Uhr und von 14 bis 16 Uhr bei der städtischen Sicherheitswache behoben werden.

Hausmenning. Einbruch. In der Nacht vom 17. November wurde in der Konsumhalle Sigmund Mahler und Söhne in Hausmenning ein Einbruch verübt. Die Täter zerbrachen zwei Fenster und stiegen in das Geschäft ein, gingen dann in das Speisezimmer, wo sie einen Schreibtisch entbrachen, welcher mehr als 1000 Schilling enthielt. Den Einbrechern schien das Glück besonders hold zu sein, da ihnen bei der Kasse die Schlüssel förmlich entgegenleuchteten. Sie konnten daher bequem aufsperrten und entnahmen ihr goldene Uhren, Ringe, Ketten und anderes mehr. Bemerkenswert ist, daß sie der Kasse im Geschäft keine Beachtung schenkten, wahrscheinlich mußten sie, daß die Kasse mit einem Klingelwerk versehen ist. Der Schaden beträgt ungefähr 3000 Schilling. Die Polizei verfolgt die Spuren der Täter.

Bezirk Haag

Haag. Da Giftnigl. Dö Log geh i ba da Sparrfassa dabei (dort geh i eh öfta, weil i mei Bamögen dort drinn han), und wie i a weng weide auffa fimm, hör i d Raibln blarrn; aha, denk i ma, do wird a Käbernes hergricht, dö s muacht a amoi sehgn, und geh zuwi zan Tor und müll ba ana Klumfn a weng einöschau. Af oamol hör i wie oana schreit: Kompanie — halt! — Rechts Front! — Mühl! Giazt hör i, wie oana öm Mühl, öm Seppn und öm Pippl jamannöimst, daß i statt rechts links Front gmacht ham, und wegn dem a par Spornblattn kriagt ham, was zlangstöhn fan. Giazt bin i ercht recht neigrü wörn, weil i ma denk han, dö s kinnan do net lauta Raibl sei. Ghegn han i a so nit, drum war i holt einganga, und wie i d Rir auf-moch — sticht a Schandarm da und nu a zwanzg Rekruten, a jedo mit an Wehr. Brerr — do han i oba gschwind wieda d Rir zuagmoast und hi gonga. I geh wieda zu d owa za meina Sparrfassa, af oamoi lauf s Rettungsauto für; no, frog i — wo s gibts denn do wieda, wo s is denn do wieda passiert? A, schreit a Moana Baug, ba dö netän Häufa auf dö städtischen Baugrind ma scho bold oana dastickt. Geh, fog i, is er holt front oder hot er am End gor öm Dyphtaritas? Na, na — sogt da Bua —, er is auf da Strohn dort in Dreck dajunkn —! Wie i dö s gehört ha, han i ma zu mir sölba denk, meiner Seel, es schaut wirklich her, wie wanninja gonga Fortschritt als Stodt nur af da Kirchauhr zan sehgn war, weil dö meistns do um a Viertstund voraus is. Wo lauta Gall bin i nochat hoam; dahoam is a Briaß do an Herrn Giftnigl in Stadt Haag. Giazt han i net gwibt — gehört er mia oda nu den früahern Giftnigl; i mochn auf und lehn, han mi oba glei auskennt, daß er den ondern ghörat, weil eahm do da Briaßschreib d Lesiten oba scho lauba lest wegn sein Giftn dort ba dera Rechta-Gischicht. Do schreib er holt, daß dö Gischicht wegn dö fünf Schilling und wegn dö Vorteile net a so gwön is, daß der Rechta eh scho oft eingipert gweilt is und a wegn Erpreßung, und daß der glaubt hot,

Der Vormarsch der Krise.

Bei den der Industriellen Bezirkskommission St. Pölten unterstehenden Arbeitslosenämtern war, wie die Industrielle Bezirkskommission verlaublich, der Stand der Arbeitslosigkeit am 15. November folgender:

Arbeitslosenamt	Gesamtzahl der zur Ver-mittlung vor-mittelebenen Arbeitslosen	Siehon weiblich	Gesamtzahl der unter-16-jährigen Arbeitslosen	Siehon weiblich
Amstetten	1.131	193	1.095	191
Gaisfeld	729	109	659	81
Krems a. d. D.	1.925	236	1.851	222
Nöchlarn	3.101	462	2.985	434
St. Pölten	8.409	1694	6.562	1212
Traisfen	1.286	172	1.259	164
Waidhofen a. d. N.	1.503	137	1.475	129
Summe	18.084	3003	15.886	2433

Von den unterstützten Arbeitslosen beziehen die All. 3708 (Siehon weiblich 621), N. 12.178 (Siehon weiblich 1812). Die Arbeitslosenziffer hat gegen den 31. Oktober um 751 zugenommen. Die Unterstütztenzahl hat gegen den 31. Oktober um 552 zugenommen. Gegenüber dem 15. November des Vorjahres ist heuer die Gesamtzahl der Arbeitslosen um 3806, die Zahl der unterstützten Arbeitslosen um 4016 geringer. Das Defizit des Notstandshilfsfonds Ende September 1933 beträgt nach Einrechnung aller bisherigen Rücklagen und Bundeszuschüsse und nach Abzug der Verzugszinsen S 4.459.664'18, so daß sich gegen den Vormonat eine Steigerung des Gebärungsabganges (unter Einrechnung des Differenzbetrages bei der endgültigen Abrechnung 1932) um S 218.536'81 ergibt, denn der Gebärungsabgang zu Ende August 1933 war S 4.241.127'37. Im September wurden an Notstandshilfe S 762.953'72 ausgezahlt, die Auszahlungskosten betragen S 10.110'17, die Rücklagen S 11.973'19, so daß sich ein Gesamtaufwand an Notstandshilfen von S 761.090'70 ergibt. Durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu demder Aufwand an Notstandshilfen (50 Prozent) S 380.545'35. Sohin insgesamt durch solche Beiträge aufzubringen S 4.621.672'72. Eingang an Zusatzbeiträgen im September S 164.019'43, Eingang an Zuschlägen nach § 34 ABGB. S 125'47, Eingang an Wehr-männerzuzusatzbeiträgen S 2.748'74, Eingang an Verzugszinsen S 474'22, zusammen S 167.367'86, ab Einhebungskosten S 5359'32. Gesamter Nettoeingang S 162.008'54. Sohin Ende September gesamter Gebärungsabgang S 4.459.664'18.

Der Bericht legt hinlänglich den katastrophalen Zustand des Arbeitsmarktes dar. Er enthüllt aber auch die Verelendung der Arbeitslosen, wenn er feststellt, daß von den Unterstützten bereits über drei Viertel nur mehr die wenigen Schillinge der Notstandshilfe beziehen. Wie es aber mit dem so oft behaupteten „Abbau“ der Arbeitslosigkeit aussieht, auch das zeigt der offizielle Bericht aus zwei Zahlen: Die Arbeitslosenzahl verringerte sich nur um 3806, während die Zahl der Unterstützten sich um viel mehr, nämlich um 4016 verringerte. Das heißt: praktisch hat nicht die Zahl der Arbeitslosen, sondern die der Unterstützten bezuher sich verringert, das heißt weiter: Die Verelendung der Arbeitslosen hat weitere Fort-

schritte seit dem Vorjahr zu verzeichnen: Weit mehr, die keinen Groschen mehr, und weit mehr Arbeitslose, die viel weniger Schillinge als im Vorjahr beziehen.

Bezirk Amstetten

Amstetten. Gemeinderatsitzung. Dienstag, den 7. November, fand eine öffentliche Gemeinderatsitzung statt. Im Einbernehmen mit der Fraktion wurden in das Kindergartenkomitee nachstehende Mitglieder entsendet: Von der Sozialdemokratischen Partei Willibald Bollmar, Käthe Graf und Marianne Köttl; vom Nationalen Wirtschaftsblock Johann Preisegger und Josef Schimek; von der Christlichsozialen Partei Laurenz Dorrer und Josef Sieder. Die Genossenschaft der Gast- und Schankgewerbetreibenden legt einen sehr umfangreichen Entwurf zu einer Büchschankordnung vor, der dem Wesen nach unverändert, jedoch in bedeutend kürzerer Fassung angenommen wird. Nach einem Bericht des Bürgermeisters Reisch und nach Verlautbarung der vorliegenden Diefen durch Gemeinderat Haydn wird die Aufstellung einer Wohnbaracke auf dem für die Stadtrandhiedlung bestimmten Gelände beschlossen und die Arbeit der Firma Gopferwieser übertragen. Die Firma Gutschmidt plant die Errichtung eines Molkereigebäudes in der Stubaitalstraße. Dieser Bau bedingt aber eine Änderung des Verbaunungsplanes. Gemeinderat Haydn erstattet über den vorliegenden Plan Bericht, worauf Bürgermeister Reisch und Gemeinderat Zamaneff darauf hinweisen, daß durch das Projekt zwar eine Durchbrechung des bestehenden Verbaunungsplanes eintreten würde, daß man aber aus verschiedenen wirtschaftlichen Gründen der Ausführung doch zustimmen sollte. Vor allem würden dadurch neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen: die Erweiterung dieses Betriebes hätte aller Voraussicht nach auch eine dauernde Personalvermehrung zur Folge, außerdem ist bei der Rührigkeit und Strebhaftigkeit dieser Firma damit zu rechnen, daß auch viele geschäftliche Beziehungen mit landwirtschaftlichen Kreisen der Umgebung angeknüpft werden, wodurch wieder das Wirtschaftsleben der Stadt eine Förderung erfährt. Bei der Abstimmung wurde die Abänderung des Verbaunungsplanes einhellig genehmigt. Gemeinderat Haydn richtete hierauf an den Bürgermeister eine Anfrage wegen Grundeinslösung für den Ybbisdorf in Greimperstdorf. Er berief sich darauf, daß gelegentlich einer Kommissionierung dieses Projektes alle Grundeigentümer die Erklärung abgegeben hätten, den Grund entschädigungslos zur Verfügung zu stellen, während jetzt einige Grundeigentümer Entschädigungen beanspruchen. Bürgermeister Reisch gibt die erwünschte Aufklärung, indem er mitteilt, daß es sich nur um ganz geringfügige Beträge handle, die an zwei Grundeigentümer gewährt werden sollen und die er bereits zugesagt habe, um die Durchführung des Projektes nicht nochmals zu vereiteln. Vizebürgermeister Genosse Adnerl fragt an, ob nicht von der Bundesstrafenverwaltung eine Entschädigung für die durch die Materialzufuhr bei der Herstellung der Bundesstraße schwer beschädigte Fabrikstraße zu beanspruchen wäre? Gemeinderat Haydn berichtet, daß auch der Bezirksstrafenausschuß um eine Entschädigung für die anlässlich dieser Arbeit an den ihm unterstehenden Straßen angedrückten Schäden ansuchen werde und daß dies selbstverständlich auch die Stadtgemeinde tun könne. Da die Tagesordnung erschöpft war, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Amstetten. Turnen und Sport. Wenn unsere Organisation ein Amt als Vorturner gegeben hat, dem hat sie damit Verpflichtungen auferlegt, die weit über das sonstige, alltägliche Betätigungsfeld hinausragen. Die Organisation stellt ihn mit der Wahl vor Aufgaben, deren ganze Schwere er erst dann richtig ermittelt, wenn er an die Bewältigung dieser Aufgaben herangeht. Wir haben Mangel an Vorturnern und müssen unsere vornehmste Aufgabe in der Heranbildung vieler tüchtiger technischer Leiter sehen. Wir haben unseren Bestand an Vorturnern durch die Genossin Antonia Tro sowie durch die Genossen Karl Aneidinger, Franz Biber, Anton Gruber, Johann Köbinger und Stephan Abraham, welche am Sonntag, den 19. November, die Vorturnerprüfung ablegten, vergrößert. Wir begrüßen diese Genossin und Genossen mit einem „Frei-Heil“ und wünschen ihnen großen Erfolg auf dem Gebiet des Turnens und Sports.

Amstetten. Was ist wahr daran? Kommen den Sonntag soll hier der Herr Regierungschef in einer Versammlung sprechen. Dies scheint der Heimwehr, die unseren Bezirk scheinbar als ihre Domäne betrachtet, nicht an genehmigen zu sein. Und so verbreiten selbst Leute, die in der Heimweh-bewegung führend sind, das Gerücht, Herr Bundeskanzler Dollfuß werde in Amstetten nicht sprechen.

Amstetten. Etwas vom Konsumverein. Einer Parole der „Arbeiter-Zeitung“ folgend, die in der Stärkung der Konsumvereine einen Akt proletarischer Solidarität, proletarischer Abwehrfähigkeit sieht, appellieren auch wir an alle Genossinnen und Genossen, Konsumvereinsmitglieder zu werden, beziehungsweise durch erhöhten Einkauf im Konsumverein die gegen die Konsumvereine angeordneten Maßregeln wirkungslos zu machen. Wir verweisen hier auf die neu-

Höchstleistungen



erfordern gesunde Nerven. Darum: natürlich Kathreiner den echten Kneipp Malzkaffee

suchung jener jungen Krieger und mußte, der Not wohl eher gehorchend als dem eigenen Triebe, bis auf einige Mann die gesamte Mannschaft für „die nütuntanglich“ erklären, was schließlich kein Wunder ist, da ja einige das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Der Volksmund hat für jene Abteilung, die angeblich das Militär ersetzen sollte, einen bekannten Namen. Sie wird wahrscheinlich bis auf einige Mann, die als Anhaltungslogeraufsichtsbeamte in Wöllersdorf dienen sollen, wieder nach Hause geschickt werden.

Amstetten. Lasset die Kleinen zu mir kommen! „Österreichs Jugend muß zum Glauben an die Heimat erzogen werden!“ Schickt eure Kinder zum „Jung Vaterland“ ruft man. Wie die Erziehung aussieht, konnte man Sonntag sehen. Die kleinen Knirpse lernen das Gewerklappen, so daß es jedermann sehen konnte. Sie können es schon so gut, daß sogar ein Richter, ein Hüter der Ordnung, seiner Bewunderung Ausdruck gab. Arme Vuben! Wenn sie es wüßten, wie sie ihr Verderben lernen, sie würden die Gewehre zerbrechen. Aber als wir einmal neunzig Kinder in das Freie führten, um das Frühlings-erwachen mitzuerleben, wurden die verantwortlichen Führer „wegen Beteiligung von Kindern an politischen Kundgebungen“ zu Arreststrafen verurteilt.

Amstetten. Was ist wahr daran? Kommen den Sonntag soll hier der Herr Regierungschef in einer Versammlung sprechen. Dies scheint der Heimwehr, die unseren Bezirk scheinbar als ihre Domäne betrachtet, nicht an genehmigen zu sein. Und so verbreiten selbst Leute, die in der Heimweh-bewegung führend sind, das Gerücht, Herr Bundeskanzler Dollfuß werde in Amstetten nicht sprechen.

Amstetten. Etwas vom Konsumverein. Einer Parole der „Arbeiter-Zeitung“ folgend, die in der Stärkung der Konsumvereine einen Akt proletarischer Solidarität, proletarischer Abwehrfähigkeit sieht, appellieren auch wir an alle Genossinnen und Genossen, Konsumvereinsmitglieder zu werden, beziehungsweise durch erhöhten Einkauf im Konsumverein die gegen die Konsumvereine angeordneten Maßregeln wirkungslos zu machen. Wir verweisen hier auf die neu-

Allgemeiner Konsumverein „Pöchlarn-Neuda“

Vorkaufsstellen in:

Neuda — Wieselburg — Scheibbs
 — Kienberg — Langau — Lackenhof — Gresten — Ybbs Amstetten — Maur — Blindenmarkt — Loosdorf

Kauft bei den Inserenten in unserer Zeitung!

do kommt er halt a a par hundert Schilling ausfließen und so fort. So han nochat den Brief wieda zuapickt und so draufgeschriebn, „irrtümlich geöffnet“, und han i den domolign Gistnial geschickt. Weil i koana bi, der mir glaubt, so han i ma denkt, dös muas i do a da „Eisenwurzen“ schreiben, damit neamd urecht gschicht. Mit Gruas: Da Gistnial.

Bez. Waidhofen a. Y.

Waidhofen an der Ybbs. Gemeinderatsitzung. Am 10. November fand eine Gemeinderatsitzung statt. Die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung wurde ohne Einwendung genehmigt. Vizebürgermeister Grießer stellt namens des Stadtrates den Antrag, nachstehende Personen das Heimatsrecht zu verleihen: Julie Sailer, Andreas Seiwald, Katharina Prekleitner, August Siegesleitner. Genehmigung von Vereinsausflugstafeln im Stadtgebiet. Vizebürgermeister Koch beantragt, der sozialdemokratischen Lokalorganisation die Genehmigung zur Anbringung von Anschlagtafeln am Hause Wagner, Soher Markt, und Baumann, Weyrerstraße, dem Arbeiterfußballklub bei Niemayer, Hochsteinerstraße, zu erteilen. Die Genehmigung wird erteilt. Der Finanzreferent beantragt, die Abgabe für das Halten von Jagdhunden und anderen Hunden, soweit diese nicht als Wachtunde oder in Ausübung eines Berufes oder Erwerbes gehalten werden, wird für das Kalenderjahr 1934 für den ersten Hund mit 20 S, für den zweiten Hund mit 40 S, für den dritten Hund mit 60 S und für jeden weiteren Hund um weitere 20 S mehr festgesetzt. Dieser Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Dr. Gante berichtet, daß sich die Verhandlungen wegen des Neubaus der Fachschule in Waidhofen erschlagen haben und es wird deshalb der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen: Da das Kuratorium der Kaiser-Franz-Josef-Stiftung zur Hebung der niederösterreichischen Kleinindustrie von der Durchführung des Neubaus der Fachschule für das Eisen- und Stahlgewerbe in Waidhofen Abstand nimmt, werden die Gemeinderatsbeschlüsse vom 13. Jänner und 24. Mai 1933, betreffend die Verpflichtungen der Stadtgemeinde Waidhofen an der Ybbs für den geplanten Neubau der Fachschule, aufgehoben. Der zugunsten des Kuratoriums bei der Sparsparke der Stadt Waidhofen erlegte Betrag von 30.000 S ist rückzufordern und dem Fondsvermögen wieder einzuverleihen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. An einen Neubau der Fachschule ist trotz der Notwendigkeit nicht zu denken und das Waidhofer Bürgertum kann nun weiter den Dornröschenschlaf ohne Hammerschläge und Rauchentwicklung genießen. Auf Antrag soll eine dreigliedrige Kommission eingesetzt werden, die sich mit dem Gemeindeangestellten Zwecker beschäftigen soll, der seinerzeit eine Sakentanzfabrik zur Anbringung auf den Stadtturm zur Verfügung stellte. Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Wahlgemeinschaft berzichten auf eine Vertretung in der Kommission, in der nunmehr der Bürgermeister und zwei Christlich-soziale vertreten sind.

Waidhofen. Naturfreunde nachrichten. Die Ortsgruppe Waidhofen des Touristenvereines

„Die Naturfreunde“ veranstaltet am Samstag, den 25. d. M., um 8 Uhr abends im Gahnersaal einen Lichtbildervortrag „Aus Ostfahrs Königreich“. Der Vortragende Genosse Kollat, Mitglied der Alpenjugend Wien, führt uns an Hand von 120 herrlichen Bildern in die schönsten Stadien der Radstätter Tauern, Cottischen Alpen, Großglockner, Wallis, Montblanc und dergleichen. Niemand versäume, diesen hochinteressanten Vortrag zu besuchen. Der Eintrittspreis ist sehr niedrig gehalten und beträgt 50 Groschen. Für Arbeitslose 20 Groschen. Karten sind bei allen Vereinsfunktionären und im Konsum bei Genossen Weiß erhältlich. Weiter teilen wir mit, daß noch einige Naturfreundehandbücher sowie Photobücher von der Ausstellung zu bedeutend ermäßigtem Preis beim Kaffier Genossen Paufy zu haben sind. Neue Mitglieder, die mit ihrem Mitgliedsbeitrag noch im Rückstand sind, werden erzuht, ihrer Pflicht ehestens nachzukommen.

Bühlerwerk. Film: „Das Lied der Puhka.“ Dieser schön ausgestattete Film läuft am 25. und 26. November. Er zeigt den Aufstieg eines von Natur mit Schönheit begabten, aber sonst gewöhnlichen Dorfknäuels bis zum Star, der das Publikum bezaubert.

Windhag. Bauern und Arbeiter gehören zusammen. Angeregt durch Diskussionen der letzten Wochen wollen wir gern einmal feststellen, daß nach unseren bisherigen Erfahrungen unsere Windhager Bauern kulturell höher und der Arbeiterschaft näher stehen, als die Bauern in manchen anderen Gemeinden. Die Windhager haben es abgelehnt, der Seimwehr beizutreten und mit Worbwaffen gegen die Arbeiter loszugehen, die ihren Lohn verteidigen, das Brot ihrer Kinder. Die Windhager Bauern wissen schon, daß wenn der Arbeiter seinen Kindern keine Milch mehr kaufen kann, der Bauer Zinsen und Steuern nicht mehr zahlen kann. Und daß der Bauer seinen Hof nur retten kann, wenn der Arbeiter seinen Lohn retten kann. Sie wissen, daß Bauern und Arbeiter wirtschaftlich zusammengehören. Wirtschaftlich! Aber politisch? — Wer befreitigt die Arbeiterschaft? Wer nimmt dem Arbeiter das Recht auf Lohn, dem Arbeitslosen das Recht auf Unterstützung, den Kindern das Recht auf Brot, wer nimmt den Bauern die Kundschaft? Die Christlich-soziale Partei. Und wer ermöglicht es den Kapitalisten, die Arbeiter auszubeuten? Der Bauernbund! Jawohl, die Bauern, auch die Windhager Bauern helfen ihre eigene Wirtschaft zu zerstören, indem sie die unchristliche, unsoziale Politik ihrer Führer dulden. Warum werden viele Millionen Schilling an die Kapitalisten verschwenkt, warum die Steuern der Kapitalisten nicht eingetrieben, wie man sie bei den Bauern entreißt? Weil die Führer des Bauernbundes alles machen, was die Kapitalisten in der Christlich-sozialen Partei von ihnen verlangen, zum Schaden der Bauern. Könnte die Christlich-soziale Partei die demokratischen Rechte der Arbeiter und der Bauern befeitigen, wenn die Bauernführer die Bauern nicht mit antimaryistischen Phrasen gegen die Arbeiter aufgehetzt hätten? Diese Aufhetzung der Bauern gegen die Arbeiter ist das Mittel der Kapitalisten, um Arbeiter und Bauern wieder entrechtet und auszulagen zu können. Und diese Saat hat ihre Früchte getragen, auch bei uns in Windhag. Wäre der Fall der Frau Wührer, um nur ein Beispiel zu nennen, denn möglich, wenn unseren Bauern nicht das Christentum mit Gewalt ausgetrieben worden wäre von

ihren Führern? Da ist die Frau Antonie Wührer, zuständig und wohnhaft in Windhag, 1875 geboren, also nahezu 60 Jahre alt; sie hat eine Operation hinter sich, so daß sie selbst kaum betteln gehen kann. Sie hat ihr Leben lang gearbeitet; jetzt kann sie nicht mehr. Von der Fürsorge bekommt sie monatlich drei Schilling. Der Zins allein macht 15 Schilling aus. Von der Gemeinde, ihrer Heimatgemeinde, bekommt sie nichts, sie soll verhungern, weil sie mit dem Leopold Palatko zusammen wohnt. (Die Herren in der Gemeinde pflegen das anders auszuwürdigen und sich dabei zu entkräften.) Ja, wäre die Frau Wührer nicht längst verhungert zur Schande ihrer Heimatgemeinde, wenn Palatko sie nicht vom Ertrag seiner Betteiltouren mit ernährt hätte? Man läßt Menschen erst ins tiefste Elend versinken und entkräftet sich dann über die Folgen. Wo bleibt da das Christentum? Wo das Vaterland? Die Bauern müssen erst lernen, den Arbeiter als Menschen zu betrachten. Und sie müßten ihre Führer zwingen, Christen zu werden. Erst dann wird die gemeinsame Wirtschaftsfrent der Bauern und der Arbeiter wieder bessere Zeiten bringen für beide Teile.

Bezirk Gaming

Gaming. Ein Jahrtag. Am 21. November ist ein Jahr verlossen, seit unser allerliebster, unversehener Kampfgenosse, Gemeindegart Dr. Wawra durch den Tod entrisen wurde. Was wir an diesen Gemeindegart verloren haben, das hat sich so recht im Laufe dieses Jahres gezeigt. So viele Mittellose, so viele Bedrängte kamen zu ihm um ärztlichen, um anderen Rat, und keiner pochte vergebens an seine Tür, keiner ging ohne Trost, ohne Hilfe von ihm. Ein Jahr ist jetzt verlossen. Wie viele, die ehemals gleichgültig von Dr. Wawra gesprochen haben mögen, werden nunmehr sagen: „Einen Dr. Wawra haben wir einmal gehabt, ein Gleicher kommt nie nie wieder.“ So wird oft bei Beizeiten ein Mensch verkannt, und erst nach seinem Tode treten all seine Verdienste, die er sich um die Allgemeinheit erworben hat, ans Tageslicht. Seine Freunde, und speziell die Armen und alle die, denen er jederzeit hilfreich zur Seite stand, die um so mehr jetzt erst erkennen, was sie alles verloren haben, trauern heute noch um ihn. Und so wie sein Name unvergänglich ist, so wird auch das Gedächtnis ewig in uns fortleben, denn er war ein Sohn des Volkes. Er wußte als solcher, die Not und das Elend richtig einzuschätzen und danach sein Handeln zu bestimmen. Wöge doch ein solches Leben Nachahmung finden!

Bezirk Scheibbs

Wieselburg. Voranzeige. Die Kinderfreunde-Ortsgruppe veranstaltet am Sonntag, den 26. November, einen lustigen Elternabend. Die Veranstaltung findet im Arbeiterheim um 3 Uhr nachmittags statt. Eintritt frei! Wir laden alle Genossinnen und Genossen herzlich zum Besuch ein. — Achtung, Tanzlustige! Kommt alle zum Kathrin-Kränzchen der Arbeitermusikabteilung Wieselburg. Es spielt die neu aufgestellte Streichmusik. Beginn: Samstag, den 25. November, um 7 Uhr abends. Eintritt 50 Groschen.

Aus aller Welt

Der Gemeinbediener von St. Ulrich

im Bezirk Gänserndorf ist jugujagen Amtsperson. Er ist's eigentlich würdlich. Aber sein Gehalt pro Jahr 30 S — bitte, es ist richtig — 30 S Jahresgehalt, das ist die Besoldung des Gemeinbedieners von St. Ulrich, ist doch einigermaßen nicht einer Amtsperson entsprechend. Wie der Mann mit diesem Gehalt leben kann? Nun, er hat noch eine andere Tätigkeit, er ist auch Milchhändler. Für diese Tätigkeit wird er schon besser bezahlt. Da bekommt er 60 S im Monat. Aber 10 S braucht er davon für Requisiten, die er sich selbst beschaffen muß. Allerdings hat der Mann überdies noch eine Tätigkeit in der Gemeinde, er ist auch Totengräber. In einem so kleinen Ort wie St. Ulrich sterben nicht viele Leute, und da der Totengräber in der kleinen Gemeinde kein Zyrum bezieht, sondern für jedes Begräbnis, also nach Stück, bezahlt wird, schaut es mit dem Einkommen des Totengräbers so windig aus, wie mit dem des Gemeinbedieners. Der Mann mit seinen drei Ämtern und der kaum nennenswerten Bezahlung beizt — sieben Kinder und hat für den Lebensunterhalt einer neunköpfigen Familie zu sorgen. Eines muß noch gesagt werden: er hat freie Wohnung. Dafür muß er unbezahlt im Weinberg arbeiten. Also ist der Mann mit drei Ämtern beglückt, von denen er nicht leben kann, und arbeitet ohne Bezahlung im Weingarten! Was Wunder, daß der arme Teufel selber, die er im Auftrag der Gemeinde für die Erhaltung des Gemeinbedienstes einassierte, für sich verwendete. Die für sich verwendeten Beträge erreichte die Summe von 66 S. Damit war das Verbrechen der Amtsveruntreuung geschehen. Der Gemeinbediener stand nun vor einem Schöffengericht des St. Ulricher Kreisgerichtes unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Weiß. Bei der Verhandlung wurde das ganze Glendleben des Gemeinbedieners von St. Ulrich aufgerollt — und er wegen unwiderrstehlichen Zwanges freigesprochen.

Burgstall. 20. Jahrhundert in Burgstall? Eine Unterschriftenammlung ist heute nichts Seltenes. Man sammelt Unterschriften für allerlei Zwecke, sogar für die Ueberführung der sterblichen Ueberreste Karl von Salsburgs. Man erzählt der mehr als gutgläubigen Bevölkerung, der Verstorbene fände keine Ruhe auf Madeira. Viele unterschreiben, Widerpenstige, die meinen, das Volk hätte jetzt andere, wichtigere Sorgen, werden mit allerhand Drohungen zur Unterschrift gebracht. — Wir wissen, wo die Macher dieser Aktion sitzen; es sind jene Leute, die den Darbenden und Verzweifenden Zufriedenheit predigen. Sie haben nie danach gefragt, wie die Massen leben, sie kümmern sich einen Pfifferling, wo und wie sie einst begraben werden. Das Mitleid für die ehemalige Herrscherfamilie, die Österreich ins Unglück stürzte, geht ihnen über alles; mögen alle anderen verderben, das läßt sie taft.

Advertisement grid for Amstetten. Header: "Diese Inserenten legen Wert auf Arbeiter- und Bauern-Konsumenten!". Grid contains various business ads including: Fescher Sportmantel, Ripsmantel, Modenhaus Otto Götzl, Julius Exel, Josef Appeltauer, Sorgen um eure Zähne!, F. Pirschl, Tischlerei, Karl Steigenberger, HANS PREISEGGER, Molkerie Amstetten, Gasthaus Stöger, Kino Bühlerwerk, Franz Naderer, Josef Jenisch, Franz Naderer, Kaufhaus Glaser, Martin Auer, Franz Bauer, Karl Kammerhuber, Anton Wurzer, Moritz Greger, Rudolf Geringer, Anton Klinger, Frenz Kepplinger, Rudolf Pöchlhacker, Josef Grün, Josef Bruckner, J. Kaltenböck, Elektrizitätswerke der Stadt Waidhofen a. d. Ybbs, Joh. Schindler, Alois Boissi, Franz Bauer, Musik- und Radiohaus, Karl Frey, Hans Eblinger.

Das Recht der Arbeitslosen

EINE SEITE FÜR DIE, DIE STEMPeln UND HUNGERN

400 Jahre Arbeitslosigkeit.

Von Otto Fäßlein.

Vor vierhundert Jahren lebte John Horn in Buckinghamshire und baute Korn. Da brauchten die Wollspinnereien viel Wolle; Aus Aker wird Weide. John, marsch von der Scholle!

Arbeit gibt's bei des Landlords Sätteln, Doch nur für sechs Wochen, dann mußt du betteln.

Arbeitslosigkeit ist Verbrechen: Man wird dich blutig peitschen und strecken; Bald wirst du gefötelt, unverschuldet, Vom Staat, der deine Vertreibung geduldet.

Und heißt du nicht John, sondern bist Franzose,

Als Spitzenklöppler Virtuose, Wirft, wenn ohne Arbeit, grauenhaft Mit Rudern auf der Galeere bestraft. Nicht besser ist man in Polen verschahren, Vor ebenso einhundertjährig Jahren, Wo Betteln mit ärztlichem Zeugnis erlaubt; Ansonsten ward man der Freiheit beraubt Und kriegt' jeden Freitag zur gleichen Minute, Sechzig Hiebe mit saftiger Rute.

Wer sich über solche Grausamkeit wundert, Der folge uns in das Jahr neunzehnhundert. Herr Meier, Schuhmachermeister in Essen, Hat dreißig Jahre Schuh' angemessen. Da kommt die Fabrik — und das Resultat: Herr Meier versinkt ins Proletariat. Sein Sohn, der sollte auf Pastor studieren, Doch geht er zu Krupp, Haubichen montieren. Nach dem Krieg lernt er um, wird ins Walzwerk gesteckt, Bis er aufs Pflaster fliegt und verreckt.

Wir leben in einer glücklichen Zeit, Dreißig Millionen von Arbeit befreit, Hundert Millionen samt Kindern und Frau'n, In London und Köln, in Leipzig und Plan'n, In Zürich, in Sidney, Chicago, in Haag, In Buenos Aires, in Wien und in Prag. Sie leben im Freien, sie leben von Luft, Sie fahren, in Fezen gekleidet, zur Gruft. Sie sinken als unsterbliche Opfer dahin — Unsterblich bleibt ihres Sterbens Sinn.

Die Wirtschaftslage in Osterreich

Die Wirtschaftslage in Osterreich wird in der Zeitschrift „Die Industrie“, die der Hauptverband der Industrie herausgibt, trotz der Einflußnahme amtlicher Stellen so geschildert: Der Kohlenbergbau leidet unter Absatzmangel. Die vorjährige Kohlenförderung ist heuer noch nicht ganz erreicht worden. Der Eisenindustrie geht es etwas besser als im Vorjahr, aber noch immer unbefriedigend. In der Maschinenindustrie ist im Inland von einer Besserung nichts zu bemerken, dagegen ist die Ausfuhr besser geworden. Die Automobilindustrie befindet sich in starkem Rückgang. Die Fabriken, die Autokarosserien erzeugen, klagen darüber, daß Post, Bundesbahn, Gemeinden und private Autobusunternehmungen fast keine Bestellungen machen. Die Textilindustrie ist jetzt im Herbst saisonmäßig besser beschäftigt. Die Strickwaren- und Wirkwarenindustrie berichtet über schlechte Ausfuhrmöglichkeiten. Die Konfektionsindustrie hingegen meldet eine Besserung. Sehr schlecht sind die Betriebe der Kautschukindustrie daran. Sie berichten, daß ihre Ausfuhr stark zurückgegangen sei. Die Möbelindustrie ist mit dem Absatz nicht zufrieden. Die Erzeugung von Lacken ist außerordentlich stark gesunken; einerseits wegen der geringen Bautätigkeit, andererseits wegen der geringen Kaufkraft der Bevölkerung. Die Brauereien berichten von weiterem Rückgang ihrer Erzeugung. Immer weniger Leute können sich Bier leisten. Die Papierindustrie ist durch die Einfuhrschwierigkeiten in Deutschland und Amerika hart getroffen. Wir wiederholen, daß diese Feststellungen ein Fachblatt der Unternehmer macht, das mit den übrigen Vorgängen in Osterreich außerordentlich zufrieden ist.

Die Arbeitslosigkeit

steigt jetzt im Spätherbst wieder stark an. In Wien sind heuer um 4700 Unterstüßte mehr als vor einem Jahr, obwohl bekanntlich die Vorschriften über die Erlangung der Unterstützung sehr einschneidend geändert worden sind. Wie in Wien ist es auch in den anderen Bundesländern.

Wichtig!

Sechs Arbeitstage = eine Woche.

Der Verwaltungsgerichtshof hat am 17. Oktober 1933 (unter Zahl A 550) eine wichtige Entscheidung gefällt, durch die die bisherige Praxis der Anrechnung des Arbeitsnachweises bei einzelnen Beschäftigungstagen grundlegend zugunsten der Arbeitslosen geändert wird.

Eine Arbeitslose benötigte für den erstmaligen Bezug der Unterstützung, da sie als „nicht überwiegend“ galt, 52 Wochen. Da sie nur drei Tage in der Woche beschäftigt war, brachte sie in den beiden letzten Jahren nicht 364 Tage, sondern bei bloßer Zusammenzählung der reinen Arbeitstage nur 320 Tage zusammen. Sie wurde daher abgewiesen, da die Arbeitslosenbehörde bekanntlich auf dem Standpunkt stehen, daß ein Arbeitsnachweis von 20 Wochen nur durch 140 effektive Arbeitstage und ein Arbeitsnachweis von 52 Wochen nur durch 364 effektive Arbeitstage erbracht werden kann. Die Sonntage werden nur bei zusammenhängender Arbeit eingerechnet. Diese Praxis hat nun der Verwaltungsgerichtshof als falsch bezeichnet und damit eine für die Arbeitslosen überaus wichtige Entscheidung gefällt.

In der Begründung der Entscheidung, die vom „Stempler“ betrieben wurde, heißt es: Der Verwaltungsgerichtshof stimmt bei, daß bei fortlaufender Arbeit die Wochen nach dem Kalender, also mit sieben Tagen, zu berechnen sind.

Bei tagweiser Beschäftigung kann aber nicht gesagt werden, daß jemand sieben Tage arbeiten muß, um eine Woche nachweisen zu können. Es genügen also schon sechs effektive Arbeitstage!

Wenn die österreichische sozialpolitische Gesetzgebung hat nicht nur die Sonntagsruhe eingeführt, sie hat auch in allen Gesetzen, wo von „Wochen“ die Rede ist, eine Zeit von je sechs Arbeitstagen im Auge. Darum geht hervor, daß man denkt, wo man die Beschäftigungszeiten aus Tagen auf Wochen umrechnen muß,

die Woche mit sechs Tagen zu berechnen hat.

Durch diese überaus wichtige Entscheidung, die die Zahl A 550/33 trägt, ist der von den Arbeitervertretern seit je geäußerten Auffassung recht gegeben, daß für den Arbeitsnachweis von 20 Wochen bloß 120 effektive Arbeitstage benötigt werden.

Wer bekommt die Notstandsaushilfe?

Die (ordentliche) Arbeitslosenunterstützung ist eine zeitlich befristete Leistung. Sie kann durch höchstens dreißig Wochen im Einzelfall gewährt und bezogen werden, meist dauert sie nach der letzten Notverordnung nur zwanzig Wochen. Das Andauern der Wirtschaftskrise hat es mit sich gebracht, daß bei dem einzelnen Arbeitslosen die Dauer der Arbeitslosigkeit 20 oder 30 Wochen weit übersteigt. Für die Unterstützung dieser Arbeitslosen wurde nun durch die Schaffung der Notstandsaushilfe eine Vorstufe versucht. Daß diese Vorstufe eine recht mangelhafte ist, weiß jeder Arbeitslose selber, aber trotzdem sollen die Bedingungen für den Bezug der Notstandsaushilfe besprochen werden.

Die Staatsbürgerschaft.

Ausländische Arbeitslose, mit Ausnahme der reichsdeutschen, können die Notstandsaushilfe nicht beziehen. Da es sich bei der Notstandsaushilfe um eine Fürsorgeleistung handelt, muß vom Arbeitslosen der Nachweis der Bundesbürgerschaft erbracht werden. Leider kann nicht einmal gnadenweise von diesem Grundsatz abgegangen werden.

Bist du in „besonderer“ Notlage?

Für die ersten dreißig Wochen ist bekanntlich notwendig, daß der Lebensunterhalt des Arbeitslosen „gefährdet“ ist. Für die Notstandsaushilfe ist eine noch strengere Prüfung vorgesehen: es muß „besondere Notlage“ vorliegen. Es tritt also eine Bedürftigkeitsprüfung ein, bei der es sehr streng zugeht, viel strenger als bei der ersten Unterstützung...

Für diese Bedürftigkeitsprüfung hat das Sozialministerium „Richtlinien“ und Weisungen an die industriellen Bezirkskommissionen herausgegeben, die industriellen Bezirkskommissionen sind an diese Anordnungen in ihrer Einzelpraxis gebunden.

Es ist schon eine ganze Separatwissenschaft geworden, wenn man wissen will, wann man denn eigentlich von einer „besonderen Notlage“ sprechen kann.

Nicht nur eigenes Einkommen und eigener Besitz wird bei der Bedürftigkeitsprüfung berücksichtigt, sondern auch Einkommen und Besitz der Angehörigen, mit denen der Arbeitslose lebt, spielen eine Rolle!

Nach dem Gebiet, in dem der Arbeitslose wohnt und je nach der Kopfzahl der Gesamtfamilie sind bestimmte Höchstbeträge des Familieneinkommens festgesetzt, bei deren Überschreitung das Vorhandensein einer „besonderen Notlage“ nicht mehr angenommen und die Notstandsaushilfe daher nicht gewährt wird. Im allgemeinen kann bloß gesagt werden, daß für jüngere und im Familienverband lebende Arbeitslose die Einzelbeträge niedrigere sind als für ältere Arbeitslose und Familienhalter. Bei der Anrechnung des Einkommens von Angehörigen wird auch zwischen der engeren und weiteren Familie unterschieden.

Aufheben!

Merktafel.

Für die Altersfürsorgeerente erwirbt man durch die freiwillige Fortsetzung der Krankenversicherung keine Anwartschaft. Die freiwillige Fortsetzung der Krankenversicherung berechtigt bloß zum Bezug der Leistungen aus der Krankenversicherung im Krankheitsfall. Mit der Altersfürsorge hat aber die Krankenversicherung nichts zu tun.

Arbeitslose über 57 Jahre würden durch eine Ausscheidung aus der Unterstützung doppelt hart getroffen werden, da sie dadurch auch aus der Altersfürsorge fliegen. Daher gelten für solche Arbeitslose ganz besondere Grundsätze und Ausscheidungen aus der Unterstützung (wegen mangelnder Notlage usw.) können nicht vorgenommen werden.

Wiederholte Krankheit ist nur reichen Leuten gestattet. Bei denen gehört sie sogar zum guten Ton. Die Tatsache aber, daß ein Arbeitsloser wiederholt im betrunkenen Zustand „betreten“ wurde, ist nach der herrschenden Praxis ein hinreichender Grund für die Verhängung einer Strafkraft, ja sogar für langdauernden Entzug der Unterstützung. Wenn wir auf die Härte dieser Bestimmung hinweisen, wollen wir natürlich in keiner Weise dafür Propaganda machen, daß das Trinken den Arbeitslosen erlaubt sein soll. Denn ein trinkender Arbeiter denkt nicht und ein denkender Arbeiter trinkt nicht; das gilt auch für die Arbeitslosen. Aber daß man dafür bestraft werden soll, ist des Schlimmen zuviel!

Arbeitslose Landarbeiter, meldet euch für den Zuderrübenbau!

Die schlechte Wirtschaftslage der gesamten Urproduktion und die schnell fortschreitende Mechanisierung der Landwirtschaft bringt es mit sich, daß auch in diesem Beruf nicht mehr alle Berufstätigen voll beschäftigt werden können. Allgemein bekannt ist die anhaltende Arbeitslosigkeit unter den Forstarbeitern, doch gibt es auch Gegenden, wo die Landarbeiter immer schwerer einen Posten über das ganze Jahr finden können. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß sich diese Kreise mehr und mehr um die landwirtschaftlichen Saisonarbeiten bemühen, die ihnen wenigstens über den Sommer einen Verdienst bieten, mit dem sie über die Winterzeit hinwegkommen können. Die Umschichtung hat auch etwas Erfreuliches an sich, weil sich hiedurch die sonst benötigten ausländischen Wanderarbeiter Jahr für Jahr vermindern (im letzten Jahr um 5000 Personen!). Durch den Rückgang der Ausländer gelangen in den Zuderrübenbau gebieten während der verflochtenen Saison mehrere tausend Ortsarbeiter aus dem Inland zu neuem Verdienst, was sich beschränkt nicht nur im Haushalt der einzelnen Familien, sondern auch im Geschäftsleben weiter Gebiete auswirkt. Schwieriger liegen die Verhältnisse für jene Arbeiter, die nicht in den Gegenden mit Zuderrübenbau wohnen, also im Gebirge und im Waldbiertel. Wenngleich sich diese arbeitsgewohnten Personen verhältnismäßig rasch die Fertigkeit der Rübenarbeit aneignen, so muß doch eine planmäßige Anlernung auf dem Betrieb stattfinden. Das Landwirtschaftliche Arbeitsamt in Wien leitet nunmehr eine großzügige Anlernaktion für die überzähligen Land- und Forstarbeiter im Lande Niederösterreich in die Wege. Für die von Mai bis Oktober mit kurzen Unterbrechungen währende Saisonarbeit werden nur Land- und Forstarbeiter vorgemerkt, die in ihrem Wohnort oder in der Umgebung desselben voraussichtlich keine ausreichende Beschäftigung finden können und bereit sind, die landwirtschaftlichen Saisonarbeiten, insbesondere Zuderrübenarbeiten, zu erlernen. Die Arbeiten werden meist von kleinen Gruppen, die zur Hälfte aus männlichen und zur Hälfte aus weiblichen Personen bestehen, verrichtet. Die Arbeiterparteien erhalten auf der Arbeitsstätte eine einfache Unterkunft und das entsprechende Deputat für die Zubereitung der Mahlzeiten. Da die meisten Arbeiten nicht im Taglohn, sondern im Akkord verrichtet werden, kann sich ein flinker und leistungsfähiger Arbeiter einen Barlohn von zirka 300 bis 450 S während der ganzen Saison rein verdienen. Der Verdienst geübter Arbeiter ist höher.

Die Anmeldung zur Anlernaktion ist bei der Bezirksbauernkammer eines jeden Gerichtsbezirkes in Niederösterreich persönlich während der Amtsstunden vorzunehmen. Vorgemerkt werden nur jüngere berufsmäßige Land- und Forstarbeiter, die gesund und kräftig sind und sich zur Erlernung der Arbeiten eignen. Anmeldungen von kleinen Gruppen von Männern und Frauen, beziehungsweise Burken und Mädchen sind erwünscht, da Einzelpersonen erfahrungsgemäß schwer in fremden Parteien untergebracht werden können. Zur rechtzeitigen Gewinnung eines Überblickes wurde als Anmeldeschluß der 10. Dezember 1933 festgesetzt.

Wir besprechen die einzelnen Grundsätze für die Bedürftigkeitsprüfung in einzelnen Notizen.

„Überwiegend“ versicherungspflichtig...

Die Notstandsaushilfe kann nach dem Gesetz nur ein Arbeitsloser erhalten, der „überwiegend“ als Arbeitnehmer in versicherungspflichtigen Beschäftigungen tätig zu sein pflegt. Was heißt das? Nach der Wortauslegung, auf die sich, wenn sie für ihn günstig ist, ein Arbeitsloser berufen soll, muß als „überwiegend“ der Arbeitslose bezeichnet werden, bei dem

die Zeiten der versicherungspflichtigen Beschäftigung größer waren als die Zeiten der versicherungsfremden Beschäftigung (als Landarbeiter, Hausgehilfe, Selbständiger). Zeiten der Arbeitslosigkeit oder der Krankheit scheiden bei diesem Vergleich überhaupt aus.

Die Wortauslegung des Gesetzes besagt also, daß man im Einzelfall einen Vergleich zwischen der versicherungspflichtigen und der anderen Beschäftigung anstellen muß. Und war die versicherungspflichtige Beschäftigung noch so klein: ein Arbeitsloser muß dann als überwiegend gelten, wenn diese Zeiten länger sind als die anderen Beschäftigungszeiten.

Durch einen Ministerialerlaß, in dem die Beschäftigung während der letzten zehn Jahre eine besondere Rolle spielt, ist diese Frage anders geregelt. Das Ministerium verlangt für die letzten zehn Jahre einen Arbeitsnachweis von 60 Monaten. Der Ministerialerlaß kann natürlich nur dann im Einzelfall angewendet werden, wenn er für den Arbeitslosen günstiger ist! Wer also in den letzten zehn Jahren fünf Jahre versicherungspflichtig gearbeitet hat, gilt als „überwiegend“, wer weniger gearbeitet, kann sich auf die Wortauslegung berufen.

In rein ländlichen Gemeinden

kann die Notstandsaushilfe nur Arbeitslosen gewährt werden, die eine besondere berufliche Vorbildung oder eine besondere Qualifikation nachweisen können. Dabei ist entscheidend, wo der Arbeitslose wohnt; wo er gearbeitet hat, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle.

Ermessensfragen.

Die Zuerkennung der Notstandsaushilfe darf nicht willkürlich erfolgen. Wohl aber ist die Beurteilung, ob die Voraussetzungen im Einzelfall gegeben sind, eine Ermessensfrage, doch muß die industrielle Bezirkskommission von diesem Ermessen im Sinne des Gesetzes und — leider! — auch im Sinne der Weisungen des Ministeriums Gebrauch machen. Gegen eine Ermessensüberschreitung hat der Arbeitslose wohl

kein reguläres Rechtsmittel,

aber es ist in jedem Fall der Abweisung die Aufschichtsbeschwerde an das Ministerium oder die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof möglich. Die Beschwerde muß innerhalb der Frist von 60 Tagen ab dem Tag der ersten Abweisung durch einen Rechtsanwalt — so verlangt es das Gesetz — ergriffen werden.

Der Landwirt

BAUERN UND ARBEITER GEHÖREN ZUSAMMEN!

Gegen die Zwangswirtschaft.

Am 15. November tagte der Landesverband der freien Arbeitsbauern. Er beschäftigte sich mit der wirtschaftlichen und politischen Lage und deren Auswirkungen auf den Bauernstand. Nach einem Referat des Obmannes Abgeordneter und Landesbauernkammeratres Alois Mentastl wurde nachfolgende

Resolution

als Ergebnis einer sehr lebhaften Wechselrede der Delegierten einstimmig gefaßt:

Aus Not und Schmach, aus tiefster Verelendung und Knechtschaft ist die Bauernschaft, insbesondere in Niederösterreich, zu einem geachteten und einflußreichen Stand aufgestiegen. Diesen Aufstieg verdankt die Bauernschaft der Demokratie. Schon in der Monarchie wuchs das Ansehen und der Wohlstand der Bauernschaft in dem Maße, als es gelang, das Vorrecht und den Einfluß der aristokratischen Grundherren zurückzudrängen. Als daher im Jahre 1918 die Herrschaft der adeligen Bodenherren beseitigt wurde, stieg die Bauernschaft politisch und wirtschaftlich zu einem Machtfaktor auf, der gestaltenden Anteil nahm und gemeinsam mit den Vertretern der Arbeiterschaft viel wertvolles für Land und Volk schuf.

Das alles ist jetzt auf das schwerste bedroht!

Bedroht ist die weitere Entwicklung des Bauernstandes. Bedroht sind seine Organisationen und damit die Möglichkeit, auf den Staat Einfluß zu nehmen. Bedroht sind seine Selbstverwaltung und Selbsthilfeeinrichtungen und damit die Grundlagen des Aufstieges zum bäuerlichen Wohlstand. Es sind die Nachkommen der einstigen Bauernschinder, die immer frecher, immer ungezügelter die Forderungen nach „autoritärer“, nach „faschistischer Totalitäre Herrschaft“ im Staate erheben, indem das „Führerprinzip“ durchgesetzt, ihr altes Herrschaftsprivileg über alle anderen Stände wiederhergestellt werden soll. Die Erzeugnisse des Bauernstandes, die Grundherren, wollen auch die sich langsam anbahnende Zusammenarbeit der Bauern mit den Arbeitern, die nur in der Demokratie möglich ist, zerstören. Diesem Besuche, der geeignet ist, den Bauernstand schwer zu schädigen, setzen die Vertreter der Arbeitsbauern ihre Forderungen entgegen. Diese gipfeln vor allem in der Forderung nach Wiederherstellung der Demokratie.

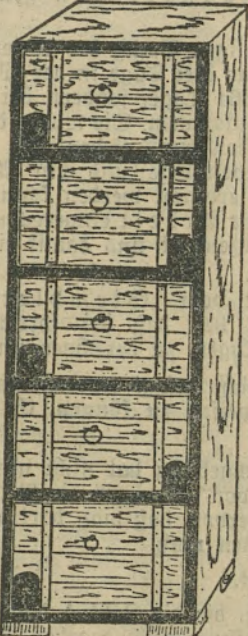
Weiter fordern sie:

Eine bäuerliche Besitzfestigungsaktion auf Kosten des Herrenlandes.

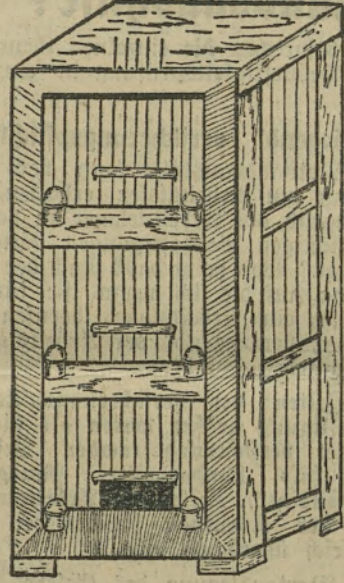
Diese Besitzfestigung soll in voller Ausnützung der Möglichkeiten des Fideikommissregelungsgesetzes ernsthaft in Angriff genommen werden. Ein weiterer Schritt in der Besitzfestigungsaktion wäre die sofortige Verlängerung des Pächterschutzes und die Schaffung eines dauernden Pächterschutzgesetzes. Ein Gesetz, in dem die Bringungsrechte den Bedürfnissen der Arbeitsbauern gemäß geregelt werden, soll der nächste Schritt im Zuge dieser Aktion sein. Zur Krönung der Bestrebungen nach Festigung des bäuerlichen Besitzes erheben die Vertreter der Arbeitsbauern gerade

Der Taubenkäfig, eine Winterarbeit.

Wenn der Taubenhalter genötigt ist, seine Tauben ausschließlich in Kästen (Polieren!) zu halten, so beginne er damit



1. Wie man Käfigtauben mit Nestgelegenheit verzieht.



2. Paarungskäfig für Tauben.

Gewöhnlich enthält ein solcher Käfig auf Bretterfüßen, die auf Dachpappe gestellt sind,

angefächelt der faschistischen Forderungen der adeligen Grundherren ihre alte Forderung nach einer

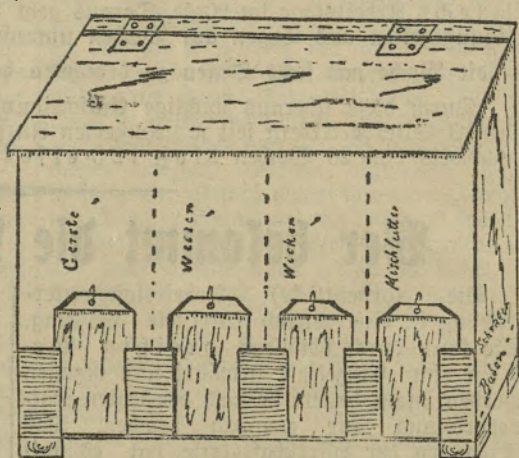
durchgreifenden, umfassenden und allgemeinen Bodenreform

aufs neue. Noch immer ist der Lebensabend des Bauern nicht gesichert. Deshalb fordern die Arbeitsbauern die Altersfürsorge für den Bauern, der sich in einem Leben harter Arbeit das Recht auf einen gesicherten Lebensabend erworben hat. Die freien Arbeitsbauern forder-

4 bis 5 Nestgelegenheiten. Sie sind in ihrer Gesamtheit transportabel und leicht kontrollierbar; denn die durch Vorreiber festgehaltene Vorderwand läßt sich leicht herausnehmen. Zur leichteren Reinigung und zur Verhütung des Herausfallens der Nestjungen sitzt hinter der Vorderwand ein herausnehmbarer Schutzhieb. Dem leichteren An- und Abflug dienen entweder Sitzstangen, die nach außen und innen angebracht sind, oder es werden Flugbrettlchen nach außen und innen angebracht.

Für Tauben von normaler Größe, wie Trommler-, Lockentaube und dergleichen, gebe man dem Gebäude folgende Maße:

1. Fußabstand 40 bis 50 Zentimeter, 2. Breite 75 Zentimeter, 3. Höhe 30 Zentimeter, 4. Tiefe 45 Zentimeter. Ein weiteres Ausstattungsstück ist der Paarungskäfig (Abb. 2). Wird er an der Rückwand mit Tragbändern versehen, so kann er auch zum Tragen des überschüssigen Taubenbestandes nach dem Markt als sogenannte Tauben-



3. Mehrstöckiger Futterkasten.

käfige benutzt werden. Maße: 3 mal 50 Zentimeter Käfighöhe, 35 Zentimeter Breite, 40 Zentimeter Tiefe. Drahtabstände je 3 1/2 Zentimeter. Dann können die Tauben wohl ihre Nahrung aus den anhängenden Gefäßen entnehmen, aber nicht entfliehen.

Zur schnelleren Paarung im Winter wird der Käfig in einem mäßig durchwärmten Raum aufgestellt.

Ein drittes Ausstattungsstück ist der mehrstöckige Futterkasten. Seine Bauart veranschaulicht die Zeichnung (Abb. 3). Bemerkenswert ist noch, daß der schräge Boden eingelegt ist und die Scheidewände auf ihm ruhen. Maße: Länge 1'20, Höhe, vordere, 1, Rückenhöhe 1'30, Tiefe 0'60 Meter.

ten seit jeher Landwirtschaft, da nur darin der einzige Ausweg aus unserer Wirtschaftskrise erblickt wird. Die Art, wie jetzt Agrarpolitik getrieben wird, insbesondere die zwangswirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Schweineproduktion, im Ribsenbau und in der Milchwirtschaft, sind geeignet, schwere wirtschaftliche Schädigungen herbeizuführen. Deshalb protestieren die freien Arbeitsbauern auf das entschiedenste gegen solche wirtschaftswidrige Maßnahmen, welche die freie Beweglichkeit des Bauern in seiner Wirtschaft zerstören, ohne eine durch-

greifende Neuordnung im Dienste der Gemeinschaft an ihre Stelle zu setzen.

Die freien Arbeitsbauern sind entschlossen, mit allen Kräften für diese Forderungen einzutreten und allenthalben für die Verbreitung dieser Forderungen unter der Bauernschaft zu agitieren.

Für den Garten

Vom Pflanzen der Obstbäume.

Der Mindestabstand für Apfel-, Birnen- und Äpfelbäume-Goch- und Halbstämme beträgt 3 mal 12 Meter, für Sauerlirichen-, Pflaumen- und Zwetschen-Goch- und Halbstämme 7 mal 10 Meter, für Aprikosen-, Pfirsich-, Sauerlirich-, Apfel-, Birnen-, Pflaumen- (Mirabellen-Reinlandern-) und Quittenbüsche etwa 4 mal 6 Meter.

Um den Bäumen eine kräftige Entwicklung zu gewähren, ist eine entsprechende Bodenbereitung notwendig. Die Baumlöcher (etwa in der Größe von 1 mal 1'50 Meter und 0'80 Meter Tiefe) werden rechtzeitig ausgehoben. Steiniger oder ungenügend fruchtbarer Boden wird durch Zugabe von verrottetem Dünger oder Kompost verbessert. Er wird gründlich mit dem ausgehobenen Boden vermengt. Etwa 2 bis 3 Wochen vor dem Pflanzen wird das Baumloch wieder zugeworfen, damit sich der Boden festet. Bei dieser Gelegenheit kann auch der Pfahl gesetzt werden, welcher vorher gegen Fäulnis durch Anstreichen mit Karbolium oder durch andere geeignete Präparate imprägniert wurde. Man setzt ihn so, daß er gegen die Windseite steht (gewöhnlich West-Nordwest), sonst gegen die Sonnenseite. Der Pfahl muß genügend lang sein, bis kurz unter die Krone reichen, und vor allem auch recht fest stehen. Zum Einschlagen bedient man sich vornehmlich des sogenannten „Pfahlreibers“ (siehe Abbildung).



Setzen eines Bannpfahles mit Hilfe des Pfahlreibers.

Beim Setzen des Baumes ist zu beachten, daß er nicht zu tief gepflanzt wird, da er sich noch etwas festet. Man pflanze also auf einen kleinen Hügel. Die Veredlungsstelle (leicht erkennlich an der Verdickung am Wurzelhals) steht nicht im Boden, sondern einige Zentimeter über der Erdoberfläche. Vor dem Pflanzen sind zu lange und beschädigte Wurzeln mit einem geeigneten Messer glatt abzuschneiden, da diese zur Ernährung und Verankerung des Baumes dienen! Die Kronentriebe werden gleichfalls um die Hälfte bis ein Drittel der ganzen Länge zurückgenommen. Leittrieb auf Auge über dem Zapfen schneiden, die übrigen Kronentriebe auf Augenaugen! Nach dem Pflanzen wird der Baum gut angetreten und dann angeossen. Dies wird im Laufe einiger Wochen mehrmals wiederholt, und nur bei Frosteintritt unterlassen. Außerst vorteilhaft ist es, die Baumscheibe mit kurzem Dünger, Torfmoß oder ähnlichem Material zu bedecken. Frostschäden werden dadurch verhütet, und dem Baum wird Nahrung zugeführt. Freistehende Bäume sind durch Umwickeln mit Stroh oder ähnlichem Material, besser aber durch ein Drahtgeflecht gegen Hasenfraß usw. zu schützen. Bis sich der Baum gefestigt hat, wird er nur locker angebunden. Nach einigen Monaten kann er dann fest an den Pfahl gebunden werden.

Marktberichte

Rindermarkt in St. Marg.

Es notierten pro Kilogramm Lebendgewicht (in Schilling):

Rastvieh Ochsen	1'35—1'54	1'10—1'34
Stiere	1'12—1'16	1'05—1'11
Rühe	1'05—1'10	1'00—1'04

Tenden: Der Rindermarkt war gegenüber der Vorwoche um fast 250 Stück größer. Bei flauem Marktverkehr verbilligten sich extrem und prima Ochsen um 5 Groschen, mittlere und mindere Ochsen um 8 Groschen pro Kilogramm Lebendgewicht. Stiere notierten um 5 bis 8 Groschen billiger. Rühe und Weinvieh erlitten ebenfalls einen Preisrückgang bis um 5 Groschen pro Kilogramm.

Schweinemarkt in St. Marg.

Es notierten pro Kilogramm Lebendgewicht (in Schilling):

Fleischschweine lebend	1'46—1'55	1'40—1'45
Fetttschweine lebend	1'41—1'50	1'38—1'40

Tenden: Bei regem Geschäftsverkehr waren besonders Fetttschweine lebhaft gefragt, prima ungarische Herrschaftsfetttschweine notierten gut vorwöchentlich, die übrigen Sorten Fetttschweine waren um 2 bis 3 Groschen pro Kilogramm Lebendgewicht teurer. Fleischschweine erzielten Vorwöchentliche Preise.

Pferdemarkt in Wien.

V, Siebenbrunnenseldgasse 3, beziehungsweise Kontumazanlage St. Marg.

Pro Stück, beziehungsweise pro Kilogramm Lebendgewicht (in Schilling):

Leichte Zugpferde	500'00—600'00
Schwere Zugpferde	1400'00—1800'00
Schlächterpferde (Fohlen)	0'80—1'00
(Bankvieh)	0'45—0'65
Burkvieh	0'25—0'35

Stechviehmarkt in St. Marg.

Es notierten pro Kilogramm (in Schilling):

Räber, lebend	1'10—1'50
ausgeweidet	1'50—2'10
Rämmer, ausgeweidet, inländische	0'00—0'00
Fleischschweine ausgeweidet	1'60—2'00
Fetttschweine, ausgeweidet	1'70—1'76
Rühe, ausgeweidet	0'00—0'00

Tenden: Der Montagmarkt von lebenden Rälbern hat sich um 10 Groschen verbilligt, diese Verbilligung wirkte sich heute mit 10 bis 20 Groschen aus. Weidnerälber verbilligten sich in der prima Qualität um 10 Groschen, in den minderen Sorten bis um 15 Groschen. Weidnerfleischschweine wurden zu fest behaupteten Vorwöchentlichen Preisen verkauft, bei den minderen Qualitäten mit einer Preissteigerung von 10 Groschen pro Kilogramm Weidnerfleischschweine erzielten gute Vorwöchentliche Preise.

Zentral-Fischmarkt Wien.

Großhandelspreise pro Kilogramm (in Schilling):

Karpfen, lebend, niederösterreichische	0'00—1'80
Weißfische, lebend	0'00—1'20
Forellen, lebend	8'50—11'00
Hechte, lebend	0'00—0'00

Preise in der Wiener Großmarkthalle (Alte Halle).

Im Großverkauf notierten pro Kilogramm (in Schilling):

Rindfleisch, vorderes	1'80—2'35
hinteres	2'00—2'60
Braten	0'00—0'00
Burkfleisch	1'30—1'50
Kalbsteif	0'00—0'00
Schweinefleisch, abgezogen	1'50—2'20
Karree	0'00—0'00
jung	1'70—2'10
Speck	1'45—1'80
Filz	1'90—2'00

Landwirtschaftliche Produktenbörse.

In- und ausländische Ware pro 100 Kilogramm in österreichischen Schillingen ab Wien, einschließlich Warenumschlagsteuer und Zoll.

Weizen, Weißbrot	34'50—35'50
Wiener Boden	34'50—35'50
Marxsfelder	34'50—35'50
Nordwestl. u. Fr.-Joh.-Boden	33'50—34'50
Burgundländischer	34'50—35'50
Roggen, Marxsfelder	21'00—21'75
Wiener Boden	20'25—21'25
Burgundländischer	19'25—20'25
sonstiger	18'75—21'00
Vraugerste, primo	21'50—23'00
Mittelqualität	19'00—21'00

Futtergerste, inländische	0'00—0'00
ausländische	0'00—0'00
Mais	13'15—13'40
Safer, inländischer	17'50—18'50

Mahlprodukte:

Weizengrieß, inländischer	70'00—71'00
Weizenmehl C, gg, Spezial	70'00—71'00
„ O, g, Spezial	70'00—71'00
„ Roggenmehl, 2er, inl.	60'00—64'00
„ Vrotmehl, inl.	40'00—44'00
Weizen-Futtermehl 7 1/2, inl.	18'50—19'50
„ 7 1/2, ausl.	17'00—18'00
„ Ser, inl.	13'00—14'00
Roggenmehl I	85'00—96'00
Schwarzroggen	30'00—31'00
Roggen-Futtermehl	11'00—14'50
Weizenkleie, inländische	8'25—8'50
Roggenkleie	8'25—8'50

St- und Hülsenfrüchte:

Graubohnen, inländischer, neu	122'00—123'00
Bohnen, weiß inländischer	0'00—0'00
Roherbhohnen, inländ. Wittl.	27'00—30'00

Knochen- und Wurzelrüchte:

Kartoffeln, Kipfler	13'50—14'50
„ Zuli-Perle	12'50—13'50
„ Früh-Rosen	8'00—9'00
Frühkartoffeln, gelb	8'50—9'00
„ weiß	7'75—8'25
Zwiebel, Laer	13'00—14'00

Rauhfutter:

Breihheu, süß	8'75—9'25
„ halbsüß	8'00—8'50
Weizen-Mittstroh, gepreßt	5'00—5'50
Roggen-Mittstroh, gepreßt	5'00—5'50
Bundstroh, gepreßt	6'50—7'00

Kraftfutter:

Malzkeime	17'00—17'75
Repsfuchen, inländischer	10'50—11'00

Die aktuellsten Bilder der Woche



Ein Langstreckenflug Rumänien-Kapstadt (in Südafrika) wurde von den drei vordersten Flugzeugen angetreten. Es sind leichte Sportflugzeuge, die in Rumänien gebaut und mit Siemensmotoren ausgerüstet sind. Bisher ist ein so weiter Flug noch niemals mit Leichtflugzeugen gewagt worden.

Wie viele Millionen Mark einzelne Staaten jährlich für Kriegsrüstungen verpulvern, zeigt diese anschauliche Darstellung. Das Bild stammt aus Deutschland. Deshalb ist darauf nicht dargestellt, welche Riesensummen Nazideutschland für denselben Zweck ausgibt.



Genosse Renandel, der Führer der sogenannten „neusozialistischen Partei“ in Frankreich, die sich von der Sozialistischen Partei abgespalten hat.



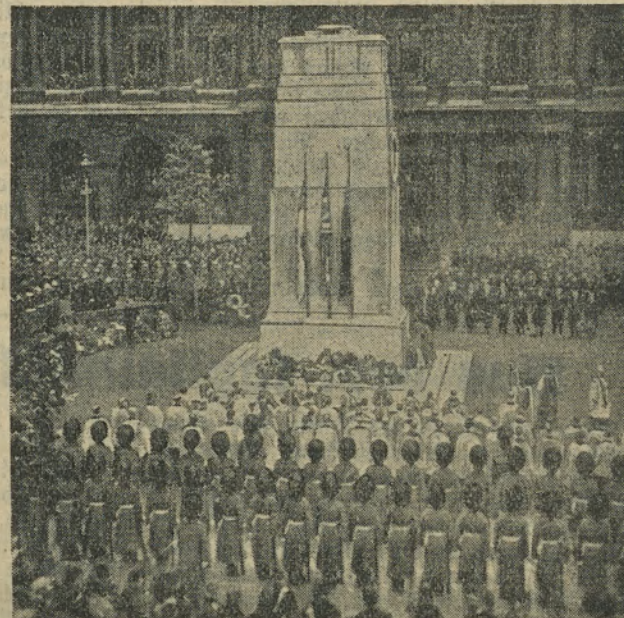
Professor Dirac der englischen Universität Cambridge erhielt die zweite Hälfte des heutigen Nobelpreises für Naturlehre für eine Forschung über die kleinsten Teile aller Stoffe.



Vittorio Scialoja (sprich: Schälöja), der jahrelang Italiens Völkerbundvertreter war, ist mit 78 Jahren in Rom gestorben.



Arthur Henderson, der Vorsitzende der Genfer Abrüstungstagung, will dieses Amt zurücklegen, weil die Abrüstungstagung so gut wie aussichtslos geworden ist. Henderson ist der Führer der englischen Arbeiterpartei.



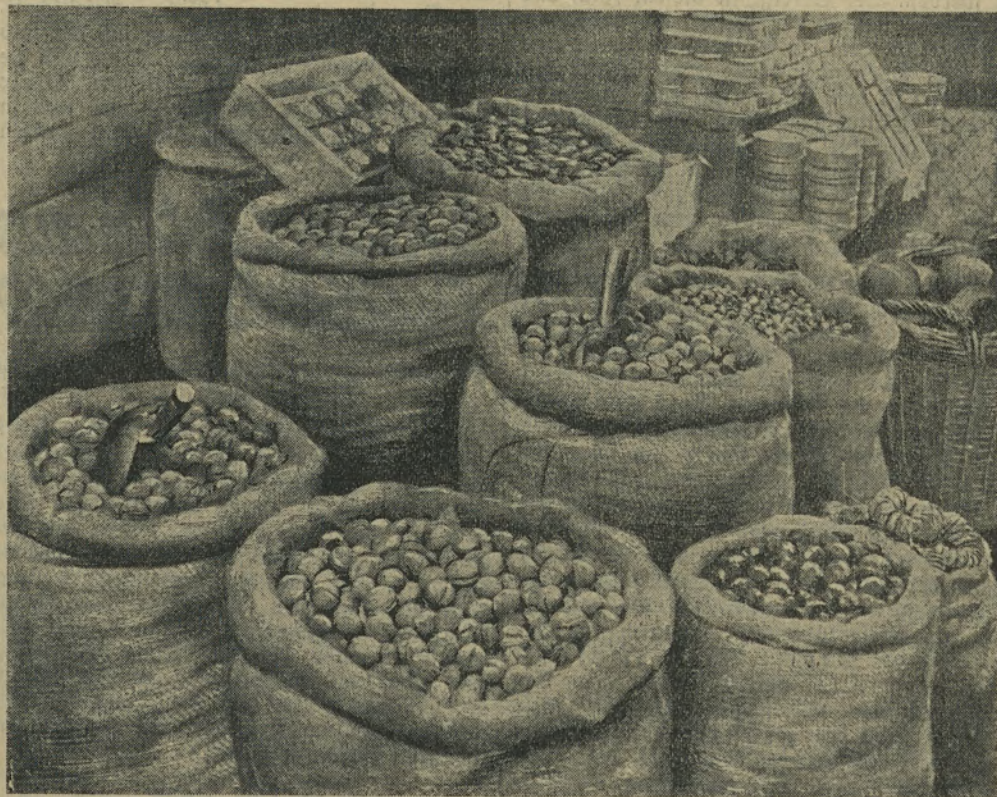
Der Waffenstillstandstag wird in London zur Erinnerung an das Ende des Weltkrieges alljährlich feierlich begangen. Unser Bild zeigt die Feier am Grabe des Unbekannten Soldaten.



Oben: William C. Vanderbilt und seine Frau. Der erst vierundzwanzigjährige Vanderbilt verunglückte tödlich bei einem Autozusammenstoß. Er ist ein Enkel des amerikanischen Eisenbahnkönigs.



„Jeremias trauert über den Untergang Jerusalems“, heißt dieses Gemälde Rembrandts. Es ist in Stockholm gestohlen worden. Man schätzt seinen Wert auf 600.000 Schilling.



Unten: Die Armenfürsorge im Wiener Landesgericht hat durch die Wiedereinführung der Todesstrafe neue Bedeutung gewonnen. An den Wänden sieht man Erinnerungen der Verurteilten, die hier ihre letzte Nacht verbracht haben.



Kapitänleutnant Suttle, ein amerikanischer Marinesieger, unternahm am Montag einen Stratosphärenflug. Er erreichte 20.700 Meter Höhe, also um 1700 Meter mehr als die zwischen Stratosphärenflieger.



Weihnachten kommt! Die Nüsse für den Weihnachtstisch wandern bereits in großen Säcken nach Wien (Bild oben). Auch die Christbäume werden schon geschlagert (Bild unten).

Die rote Spottdroffel

Blatt für Kritik und Humor

Amerika hat die russische Sowjetregierung nunmehr offiziell anerkannt. Dadurch haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten noch verbessert. Rußland vergibt aus diesem Anlaß an die amerikanische Industrie Aufträge im Werte von mehr als 520 Millionen Dollar.



Bürgermeister Seiß.

Genosse Karl Seiß ist nun seit zehn Jahren Bürgermeister des roten Wien. Seine großen Verdienste um Wien und um den Sozialismus sollen dem Genossen Seiß von der ganzen Arbeiterklasse gedankt werden durch Treue und Liebe zur Partei.

Wo je man um die Freiheit rang
Mit heiligem Ernst, bei jeder Schlacht,
Die Kämpfer um das Recht geschlagen;
Wo je das Volk der Arbeit im Gefechte
Mit seinen Unterdrückern stand,
Wo es dem Sozialismus galt, den Weg
zu bahnen,

Da warst auch du!
Mit Kämpfer warst du uns,
Begleiter unserer Fahnen.
Mit unseren Besten warst du stets
Der Freiheit und des Rechtes Mehrer,
Des Proletariats Kampfgefelle,
Sein Führer — immer aber auch sein
Lehrer.

Drum sei es kurz gesagt, was du uns bist:
Mitkämpfer, Bürgermeister, Führer, Lehrer,
Ein Mann, ein Helfer, kurz —
Ein Sozialist.

Am Erzerzierplatz.

Der Lippl bo Schworznöckling leidet schwer unter den derzeitigen politischen Verhältnissen. Er weiß nicht, wieviel Gesichter er haben soll: braun, grün, rotweißrot, grünweiß. Es war fein Wunder, er spielte alle Farben. Im Keller, wenn er allein ist oder bei Gleichgesinnten, ist er braun, da geht's: „Heil Hitler!“ hin „Heil Hitler!“ her. Manchmal tut's ihm auch der Starbemberg an. Die Landbündler sind ihm zu wenig, als daß sie Aussicht böten für ein Amt. Bei der rotweißroten Front sind wieder zu viele. Dann ist er verdächtig, schon ein paar mal verhaftet worden. Umsonst hat er wieder die Heimwehr in Schworznöckling ins Leben gerufen. Niemand denkt an ihn. Gern wäre er Kommandant einer Abteilung Hilfspolizei geworden. Nichts. Er flucht und schimpft, aber nicht laut. Man kann nicht wissen, die Frau Motscha von Stranzen hat lange Ohren und er sitzt in Wöllersdorf. Aber seitdem er in Stranzen einen Zug Hilfspolizei eingekwartiert haben und am Anger bei der Schwemmi jeden Tag erzerzieren, ist er wochentags des öfteren dort und schaut zu und ist wieder ganz

Wahl und Soldat. Wieder hört er die alten Kommandorufe und die Randbemerkungen, die einem Unteroffizier wie g'schmiert von den Lippen kommen: „Se, hern S', gehn S' in die Einteilung!“ — „Deden S' auf! Bersorgn S' Jhnan Bauch und wogln S' mit'n Hintern nit!“ — „Muza mit olln, was drin is! I will was hern!“ — „Se stengan jo do wie a Krautwochter! Wochan S' de Tempo und hain S' hin, daß die Dymascheln zittern!“ — „Brölln S' nit vor und bleibn S' in da Linie!“ — „Wo ham denn Se links und rechts?“ — „A moa, Se lau bahrt auf d' Welt kemma!“ — „Dossn S' Jhna den Taufscheln z'ruckgebn!“

Der Lippl steht oft stundenlang dabei und schaut zu und hat Augen und Maul offen. Ganz so, wie es vor dreißig Jahren war, ganz so! Das ist Tradition! Das ist alter Soldatengeist! Er deut' hie und da mit seinem schweren Kopf. Der Gendarmeriebeamte, der so seitab steht, sich von Zeit zu Zeit eine Zigarette dreht, entzündet und den Rauch in den sonnigen Spätherbsttag spielen läßt, kommt plötzlich auf ihn zu: „Sie sind verhaftet!“

Der Lippl, erschrocken, nimmt sich Mut: „Wegn was? Weil i do zuauschau? Mi intressiert das Erzerzieren, weil i amol Wochmeister bei de Zufahrer bin gweist!“ — „Wazeihn S'“, brummt drauf da Gendarm, „owa jacht hob i glaubt, jacht hob i amol oan und daweil is nit da Rechtsi. I muiz, weil, wann i koan bahoft, so sperrn i mi ein!“

Da wackelte der Lippl mit seinem schweren Kopf, ging und brummte: „A so schau ma aus?“

Unglücklicher Ehemann.



„Ich habe mit meinen beiden Frauen Rech gehabt!“ — „Wieso?“ — „Die eine lief mir davon...“ — „Ja, und?“ — „Und die andere nicht!“

Wollen die Christlichsozialen sich selbst aufgeben?

Vorige Woche tagte in Linz eine Tagung des Bundes der christlichsozialen Landarbeiter und Kleinbauern. Auf dieser Tagung hielt der christlichsoziale Nationalrat Dr. Aigner eine Art Programmrede, in welcher er unter anderem bei Erörterung der heutigen politischen Verhältnisse wörtlich folgendes sagte:

„Christlich und sozial werden wir immer bleiben. Ob aber die Christlichsoziale Partei, wie sie gewesen ist, immer die Form sein wird, in der wir Politik betreiben — das ist die Frage.“

Dieser Redner sagte dann noch, daß aber zu dieser Entscheidung „noch nicht die Zeit reif ist“.

Es scheint also, daß die Christlichsoziale Partei samt ihrer Politik mit ihrem Latein zu Ende gekommen ist. Dr. Aigner gehört zu den prominentesten Köpfen der Christlichsozialen Partei, und war einer ihrer ersten Wortführer im Nationalrat.

Wie es scheint, hat die Christlichsoziale Partei nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in ihren eigenen Reihen schon soweit abgewirtschaftet, daß sie daran denkt — sich selbst aufzugeben.

Wer hat da Sehnsucht?

Im christlichsozialen „Bauernbündler“, einem republikanischen Zeitungsorgan, lesen wir in dem politisch immer recht interessanten Briefkasten:

„Sedenfalls erleben wir unschöne Zeiten und erkennen erst, wie gut es uns in der Monarchie unter einem Friedenskaiser ging!“

Schließlich ist diese „Antwort“ im christlichsozialen Briefkasten allerhand. Der Vollständigkeit halber wollen wir noch hinzufügen, daß dieser angebotene „Friedenskaiser“ der Monarchie, in der es „uns so gut gegangen ist“, nachstehende Kriege geführt hat: 1849, 1857 bis 1859 Krieg in Italien; 1864, Krieg gegen Dänemark; 1866 Krieg gegen Italien und Preußen; 1878 Raubkrieg in Bosnien und Herzegowina, und schließlich noch 1914 einen kleinen Weltkrieg. Da muß man schon sagen, trotz all der verschämten

Sehnsucht des christlichen Anfragers: ein solcher „Friedenskaiser“ kommt nicht alle Tage vor.

Heiteres in ernsten Zeiten

Der Freier. Zu einem amerikanischen Finanzmann kommt ein elegant aussehender Herr und bittet um eine kurze Unterredung. „Ich weiß schon, worum es sich handelt, Sie wollen Geld.“ — „Ausgeschlossen, ich wollte Sie lediglich um die Hand Ihrer Tochter bitten.“ — „Na, sehen Sie, ich hatte doch recht!“

Toilettepapier. Ein Farmer aus dem Westen Amerikas bestellt bei einer der größten Versandfirmen sechs Rollen Toilettepapier. Die Propagandaabteilung schickt ihm darauf sofort den tausend Seiten starken Katalog von Legikonformat und erhält postwendend die Mitteilung: Bestellung annulliert — Katalog genügt.

Ein Mittel gegen Autowildlinge. „Wie ich meine Frau kennengelernt habe, das war wirklich sehr eigenartig. Ich habe sie mit meinem Auto überfahren und dann später geheiratet.“ — „Ja, ja, wenn jeder Automobilität das tun müßte, gäbe es heute bestimmt nicht mehr so viele rücksichtslose Fahrer.“

Kunstkenner.



„Na, Kinder, euch gefällt wohl mein Bild, weil ihr so lange hier steht?“ — „D nein — wir warten nur, bis Ihr Sessel zusammenbricht!“